

Stand: 19.04.2024 15:29:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13998

"Haushaltsplan 2013/2014;

hier: Bildung zu Energiewende und Klimaschutz - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen

(Kap. 12 02 TG 74)"

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/13998 vom 15.10.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15000 des HA vom 27.11.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15253 vom 12.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 12)

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Dr. Paul Wengert SPD**

Haushaltsplan 2013/2014;

hier: Bildung zu Energiewende und Klimaschutz – Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 12 02 wird der Ansatz in der TG 74 (Errichtung und Betrieb von Umweltstationen) in den Jahren 2013 und 2014 jeweils von 1.937,8 Tsd. Euro um 1.062,2 Tsd. Euro auf 3.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die 47 anerkannten und geförderten Umweltstationen in Bayern erfreuen sich immer größerer Nachfrage. Mit vergleichsweise geringen Mitteln werden Interessierte – darunter viele Kinder und Jugendliche – an Umweltthemen (Energieeinsparung, Biodiversität, Klimaschutz, etc.) herangeführt. Mit der Energiewende wird eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung von Maßnahmen gefordert. Werden bereits Kinder und Jugendliche für die Zukunftsthemen Energie und Umwelt sensibilisiert, wird diese Akzeptanz signifikant erhöht. Im Nachgang kann dies reduzierte Folgekosten bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Energiewende aufgrund höherer Bürgeridentifikation zur Folge haben.

Bislang sind in der TG 74 Mittel i.H.v. 1.937,8 Tsd. Euro für Umweltstationen in Bayern veranschlagt. Hier sind zusätzliche Mittel erforderlich, um eine gesicherte Finanz- und Personalplanung der Stationen zu ermöglichen, die es erlauben, mehrjährige Projekte mit längerfristigen Arbeitsverträgen für die Mitarbeiter einzugehen. Bei derzeit 47 geförderten Umweltstationen würde eine Erhöhung der Fördermittel um 1.062,2 Tsd. Euro einen besseren Handlungsspielraum in Punkto Personalausstattung und Programme bedeuten. Gerade bei den Themen Energiewende und Klimaschutz ist eine Bildungsinitiative dringend erforderlich.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit**

Berichterstatlerin: **Gertraud Goderbauer**
Mitberichterstatler: **Reinhold Strobl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 12) wird der Ansatz bei Tit.684 74 (Errichtung und Betrieb von Umweltstationen) in 2013

von	1.400.000,-- €
um	415.000,-- €
auf	1.815.000,-- €

 und in 2014

von	1.400.000,-- €
um	50.000,-- €
auf	1.450.000,-- €

 erhöht.
2. Bei Kap. 12 08 (Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen) wird der Ansatz bei Tit. 883 98 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verbesserung der medizinischen Versorgung)

in 2013	mit 1.000.000,--€
und in 2014	mit 2.000.000,--€

 dotiert und in 2013 eine Verpflichtungsermächtigung von 1.000.000,--€ - fällig frühestens 2014 – ausgebracht.
3. Bei Kap. 12 77 (Wasserwirtschaftsämter) wird der Ansatz bei Tit 782 93 (Ausbau von Wildbächen einschließlich Sanierung der Einzugsgebiete) in 2013

von	6.795.400,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	7.795.400,-- €

 erhöht.

Die Ansätze und Vermerke bei Kap. 12 04 und 12 08 werden entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74) Drs. 16/14849
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Besondere Fachaufgaben - Gesundheit (Kap. 12 08 TG 98) Drs. 16/14850
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74) Drs. 16/14102
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Ausbau von Wildbächen einschließlich Sanierung der Einzugsgebiete (Kap. 12 77 TG 93) Drs. 16/14103

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gutachten zur Klimabilanz (ökologischer Fußabdruck) der Staatsregierung (Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 16/13963
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bildung zu Energiewende und Klimaschutz - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 16/13998
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 TG 72)
Drs. 16/13965
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 16/13983
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gentechnik, Chemikaliensicherheit, Umweltökonomie, Umweltkonzepte, Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung und sonstige Aufgaben des Umweltschutzes (Kap. 12 04 TG 81)
Drs. 16/13985
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS (Kap. 12 08 TG 52)
Drs. 16/13999
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen im Bereich Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (Kap. 12 08 Tit. 547 62)
Drs. 16/13986
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebscreening (Kap. 12 08 TG 91)
Drs. 16/14000
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie (Kap. 12 08 Tit. 531 92)
Drs. 16/13966
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für Maßnahmen für Menschen mit psychischen Störungen (Kap. 12 08 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 16/13987
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte (Kap. 12 08 Tit. 684 92)
Drs. 16/14001

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/14002
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Organspenden fördern - Vertrauen gewinnen
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/13988
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/14003
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Heilbäder
(Kap. 12 08 Tit. 686 98)
Drs. 16/13967
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung des Präventionsprogramms "0,0 Promille in der Schwangerschaft"
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/14004
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 16/13989
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz im Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 16/13990
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Externe Vergabe Holzeinschlag Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 542 12)
Drs. 16/13991
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/13968
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 7 Stellen für Laborassistentinnen und -assistenten im Bereich Futtermittelkontrolle beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13992
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 10 Stellen für Futtermittelkontrolleurinnen und -kontrolleure beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13993
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Futtermittelüberwachung - Erstattung an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13969
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erstattungen an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung - Aufstockung des Budgets
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13994

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der Staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
Drs. 16/14005

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 16/13995

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 16/13996

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 16/13997

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 16/13964
wird für erledigt erklärt.

Folgende Änderungsanträge wurden von den Antragstellern im Lauf der Beratung zurückgezogen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Stellenmehrungen im Ministerium
(Kap. 12 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/13981

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
Kürzung der Kosten für die Datenverarbeitung
(Kap. 12 01 Tit. 511 99)
Drs. 16/13982

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unterhalt von Geräten für die Altlastensanierung des Neue-Maxhütte-Schlackenbergs
(Kap. 12 04 Tit. 812 80)
Drs. 16/13984

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung Nabelschnur-Stammzellbank
(Kap. 12 08 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 16/14068

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 12 in seiner 185. Sitzung am 23. Oktober 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	75 Luftreinhaltung, Schutz vor Lärm, Erschütterung und nichtionisierender Strahlung						
	<i>Aus den Ansätzen kann 06 16/701 01 bis 500,0 Tsd. € verstärkt werden.</i>						
	<i>Vermerk im Übrigen unverändert.</i>						
<u>861 75-5</u>	Darlehen an öffentliche Unternehmen	A			A		
332		B		---	B		---
	Summe der Titelgruppe	A	13.860,2	13.860,2	A	13.848,5	13.848,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	112.125,4	112.125,4	A	113.154,5	113.154,5
		B	-		B	-	

12 04

Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz**Erläuterungen****Zu 12 04/75**

Durch den neuen Verstärkungsvermerk sollen Mittel für eine modellhafte energetische Sanierung an einem denkmalgeschützten Gebäude (Kaiserburg Nürnberg) eingesetzt werden.

Zu 12 04/861 75

Für Planung, Errichtung und Betrieb zweier Hightech-Ökosolarparks wird die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) die Projektdurchführung übernehmen. Der Leertitel ermöglicht die hierzu erforderliche Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens des Freistaats im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2.890,0 -	2.890,0	A B	2.890,0 -	2.890,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	16.420,0 -	16.420,0	A B	16.120,0 -	16.120,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	8.939,0 -	8.939,0	A B	8.939,0 -	8.939,0
	Gesamteinnahmen	A B	28.249,0 -	28.249,0	A B	27.949,0 -	27.949,0
	Personalausgaben	A B	348,6 -	348,6	A B	352,7 -	352,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	22.746,2 -	22.746,2	A B	22.409,5 -	22.409,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	43.902,6 -	43.902,6	A B	45.564,3 -	45.564,3
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	300,0 -	300,0	A B	300,0 -	300,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	44.828,0 -	44.828,0	A B	44.528,0 -	44.528,0
	Gesamtausgaben	A B	112.125,4 -	112.125,4	A B	113.154,5 -	113.154,5
	Zuschuss	A	83.876,4	83.876,4	A	85.205,5	85.205,5

12 08 Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
683 02-0 165	Zuschuss zum Betrieb der Reptilienauffangstation <i>Einseitig deckungsfähig bis 28,0 Tsd. € zu Lasten der Ausgaben des Epl. 03A, bis 21,0 Tsd. € zu Lasten TG 57-60 und bis 21,0 Tsd. € zu Lasten 12 04 TG 72. Vermerk im Übrigen unverändert.</i>	A B	290,0	290,0	A B	290,0	290,0
	Gesamtausgaben	A B	49.003,7 -	49.003,7	A B	49.180,7 -	49.180,7
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	1.037,0 -	1.037,0	A B	1.037,0 -	1.037,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.037,0 -	1.037,0	A B	1.037,0 -	1.037,0
	Personalausgaben	A B	2.423,9 -	2.423,9	A B	2.435,9 -	2.435,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	8.381,1 -	8.381,1	A B	8.439,1 -	8.439,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	33.909,7 -	33.909,7	A B	34.016,7 -	34.016,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	4.124,0 -	4.124,0	A B	4.124,0 -	4.124,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	165,0 -	165,0	A B	165,0 -	165,0
	Gesamtausgaben	A B	49.003,7 -	49.003,7	A B	49.180,7 -	49.180,7
	Zuschuss	A	47.966,7	47.966,7	A	48.143,7	48.143,7

12 08

Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Erläuterungen

Zu 12 08/683 02

Neuer Deckungsvermerk zur langfristigen Sicherstellung des Betriebs der Reptilienauffangstation.

Epl. 12 Epl. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 12						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	23.103,5 -	23.103,5	A B	23.303,5 -	23.303,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Aus- nahme für Investitionen	A B	25.596,2 -	25.596,2	A B	25.296,2 -	25.296,2
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	30.196,0 -	30.196,0	A B	30.196,0 -	30.196,0
	Gesamteinnahmen	A B	114.895,7 -	114.895,7	A B	114.795,7 -	114.795,7
	Personalausgaben	A B	416.256,1 -	416.256,1	A B	425.915,6 -	425.915,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.475,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 5.290,0	A B	87.899,9 -	87.899,9	A B	87.342,0 -	87.342,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 35.056,5 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 35.056,5	A B	83.713,3 -	83.713,3	A B	85.482,0 -	85.482,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 45.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 45.000,0	A B	99.187,2 -	99.187,2	A B	102.687,2 -	102.687,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 3.344,9 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 1.650,0	A B	12.149,8 -	12.149,8	A B	11.898,5 -	11.898,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 23.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 22.600,0	A B	99.681,4 -	99.681,4	A B	99.381,4 -	99.381,4
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	4.895,5 -	4.895,5	A B	5.118,6 -	5.118,6
	Gesamtausgaben	A B	803.783,2 -	803.783,2	A B	817.825,3 -	817.825,3
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 111.876,4 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 109.596,5						
	Zuschuss	A	688.887,5	688.887,5	A	703.029,6	703.029,6

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 12 werden abgelehnt:
Drs. 16/15000**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gutachten zur Klimabilanz (ökologischer Fußabdruck) der Staatsregierung
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 16/13963
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 TG 72)
Drs. 16/13965
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogen-therapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
Drs. 16/13966
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Heilbäder
(Kap. 12 08 Tit. 686 98)
Drs. 16/13967
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/13968
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Futtermittelüberwachung – Erstattung an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13969
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 16/13983
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gentechnik, Chemikaliensicherheit, Umweltökonomie, Umweltkonzepte, Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung und sonstige Aufgaben des Umweltschutzes
(Kap. 12 04 TG 81)
Drs. 16/13985
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen im Bereich Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
(Kap. 12 08 Tit. 547 62)
Drs. 16/13986

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für Maßnahmen für Menschen mit psychischen Störungen
(Kap. 12 08 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 16/13987
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Organspenden fördern – Vertrauen gewinnen
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/13988
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 16/13989
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz im Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 16/13990
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Externe Vergabe Holzeinschlag Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 542 12)
Drs. 16/13991
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 7 Stellen für Laborassistentinnen und -assistenten im Bereich Futtermittelkontrolle beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13992
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 10 Stellen für Futtermittelkontrolleurinnen und -kontrolleure beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13993
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erstattungen an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung – Aufstockung des Budgets
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13994
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 16/13995
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 16/13996
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 16/13997
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bildung zu Energiewende und Klimaschutz
Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 16/13998

- | | |
|--|--|
| <p>22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 12 08 TG 52)
Drs. 16/13999</p> <p>23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebscreening
(Kap. 12 08 TG 91)
Drs. 16/14000</p> <p>24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte
(Kap. 12 08 Tit. 684 92)
Drs. 16/14001</p> <p>25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/14002</p> | <p>26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/14003</p> <p>27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung des Präventionsprogramms „0,0 Promille in der Schwangerschaft“
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/14004</p> <p>28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der Staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
Drs. 16/14005</p> <p>Die Präsidentin
I.V.</p> <p>Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident</p> |
|--|--|

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Gertraud Goderbauer

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Theresa Schopper

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Dr. Otto Bertermann

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Abg. Dr. Leopold Herz

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

**Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Umwelt und Gesundheit**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn.
16/14102 und 16/14103, 16/14849 und 16/14850),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13998 mit
16/14005),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13963 mit 16/13969)
sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
16/13983 und 16/13985 mit 16/13997)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15137)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtzeit von 2 Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; das sind 30 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich schon jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über den interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 16/15137 in namentlicher Form abzustimmen.

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erster der Frau Kollegin Goderbauer das Wort erteilen.

Gertraud Goderbauer (CSU): Frau Präsidentin, herzlichen Dank! Zu fortgeschrittener Stunde haben wir jetzt die beste Fernsehzeit. Da darf ich ein paar finanzielle Schwerpunkte des Einzelplans 12 vorstellen.

Das Ausgabenvolumen des Einzelplans 12 steigt im Jahr 2013 um 23 auf 806,2 Millionen Euro und 2014 nochmals um 13,7 auf 819,9 Millionen Euro. Die Erhöhungen in den kommenden beiden Jahren kommen im Wesentlichen durch eine Erhöhung im Bereich Naturschutz- und Landschaftspflege/Biodiversität um drei Millionen Euro und eine Erhöhung im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" um eine Million Euro für das Zentrum für Bionik zustande. Schwerpunkt ist auch eine Erhöhung im Rahmen des Aktionsplans "Ländlicher Raum/Demografischer Wandel" um vier Millionen Euro im Jahr 2013 und um weitere zwei Millionen Euro im Jahr 2014. Damit tragen wir dafür Sorge, dass insbesondere die Qualität der medizinischen Versorgung in Heilbädern und Kurorten verbessert wird. Ebenso wird damit einmalig die Infrastruktur unserer Kur- und Heilbäder gefördert.

Schwerpunkt ist auch die fachpolitisch notwendige Erhöhung der Budgets der Landesämter und der Nationalparkverwaltungen sowie eine pauschale Erhöhung für kleinere Baumaßnahmen und für den Bauunterhalt um 10 %, für sächliche Ausgaben um 1,5 % sowie für die allgemeinen Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wurden auch wichtige Akzente im Bereich der Umweltstationen gesetzt. Hier werden die Mittel in den kommenden beiden Jahren um 465.000 Euro erhöht. Für den Ausbau der Wildbäche stehen im kommenden Jahr zusätzlich eine Million Euro zur Verfügung und auch die Entwicklung in den Kur- und Heilbädern fördern wir in den kommenden beiden Jahren mit drei Millionen Euro.

Der wesentliche Anteil des Einzelplans 12 entfällt auf die Personalkosten. Wir liegen hier bei 52,1 %, was deutlich über dem Schnitt des Gesamthaushalts liegt. Von den Ausgabensteigerungen entfallen im Jahr 2013 knapp 60 % und im Jahr 2014 rund 42 % auf Personalkosten. Die Investitionsquote geht zwar von 27,2 % auf 26,3 %

leicht zurück, liegt aber immer noch deutlich über der Investitionsquote des Gesamtbereichs.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu den wesentlichen finanziellen Schwerpunkten sagen. Im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird der Ansatz im Jahr 2013 um drei Millionen Euro und im Jahr 2014 um eine weitere Million auf dann 45,2 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel dienen insbesondere dem Vertragsnaturschutzprogramm und dem Erschwernisausgleich, dem Landschaftspflegeprogramm und den Maßnahmen zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie. Die Erhöhung im Jahr 2014 erfolgt auch im Zusammenhang mit der Schaffung eines Zentrums für Bionik.

Im Bereich des Wasserbaus und des Hochwasserschutzes stehen in den kommenden beiden Jahren nahezu unverändert 54 Millionen Euro und 53 Millionen Euro zur Verfügung. Zusammen mit EU-, GAK- sowie Drittmitteln stehen im nächsten Doppelhaushalt Investitionen für den Hochwasserschutz von jährlich 115 Millionen Euro auf dem Plan. Für die Förderung kommunaler Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen stehen insgesamt circa 87 Millionen Euro bereit. Es werden je nach dem Zeitpunkt der Anforderung bei gemeindlichen Vorhaben der Wasserver- und Abwasserentsorgung allenfalls kurze Wartezeiten auftreten.

Für die Förderung von Kleinkläranlagen stehen nach Schätzungen die notwendigen 16 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird sichergestellt, dass die zu erwartenden Anträge zeitnah bedient werden können. Die Wartezeit konnten wir durch das einmalige Sonderprogramm im heurigen Jahr abbauen.

Im Bereich der Suchtbekämpfung und der Drogentherapie werden zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 Euro für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten und für den Staatsbeauftragten für psychische Erkrankungen verwendet.

Die Mittel für den Titel "Gesundheitsstandort Bayern" werden um weitere 4 Millionen Euro auf 11,1 Millionen Euro im Jahr 2013 und um eine weitere Million im Jahr 2014

auf dann 12,1 Millionen Euro aufgestockt. Sie dienen in erster Linie dem Erhalt und der Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, der Förderung der Niederlassung von Hausärzten sowie einem Studienprogramm für Medizinstudenten.

Im Rahmen der Nachschubliste wurden weitere Mittel in Höhe von 70.000 Euro für die Reptilienauffangstation eingesetzt. Außerdem wird ein Titel zur Ausreichung eines niedrigverzinslichen Gesellschafterdarlehens an die GAB neu aufgenommen. Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern wird die Planung, Errichtung und den Betrieb von Hightech-Ökosolarparks übernehmen. Die Hightech-Solarparks sollen als Informationsdrehscheibe dienen.

Zusätzlich gibt es erstmals einen Verstärkungsvermerk von Kapiteln aus dem Einzelplan 12 und einem Kapitel aus der Schlösser- und Seenverwaltung. Diese Mittel in Höhe von 500.000 Euro dienen zur Unterstützung der modellhaften energetischen Sanierung eines geschützten Kulturdenkmals, nämlich der Kaiserburg in Nürnberg. Gerade in diesem Bereich gibt es sehr oft Probleme mit der energetischen Sanierung. Es soll eine Signalwirkung für das Thema der energetischen Gebäudesanierung an Kulturdenkmälern erzielt werden.

Für den Umweltfonds stehen pro Jahr 2,05 Millionen Euro zur Verfügung, für den Naturschutzfonds und für den Altlastensanierungsfonds jeweils 2,5 Millionen Euro. Der Bereich der Hochbaumaßnahmen beinhaltet schwerpunktmäßig den Ersatzbau des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen, die Sanierung der Flussmeisterstelle in Deggendorf sowie die Projektierung der Sanierung der Flussmeisterstelle in Günzburg. Hierfür stehen im nächsten Jahr 4 Millionen Euro und im übernächsten Jahr 7,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich bitte, dem in seinen finanziellen Schwerpunkten aufgezeigten Einzelplan 12 des Haushaltsplanentwurfs zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Jetzt ist das vorgeschriebene Manuskript zu Ende!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort erteilen. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Gesund ist das nicht, was wir tun. Seit annähernd 12 Stunden beraten wir hier.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und das ausgerechnet bei Umwelt und Gesundheit!)

- Genau. Als Ärztin würde ich meinen Patienten streng verbieten, so lange herumzusitzen, ohne sich zu bewegen. Es hilft aber nichts. Ich sage trotzdem etwas zum Gesundheitshaushalt.

Wer jetzt erwartet, dass ich wie die Kollegin alle Haushaltsposten einzeln vorlese, den muss ich herb enttäuschen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Da müssen Sie jetzt alle leider durch. – Ich beschränke mich auf wenige Schwerpunkte der SPD-Fraktion.

Der erste Schwerpunkt – da wird es dann schon weniger humoristisch – betrifft die Mittel, die wir für die Öffentlichkeitsarbeit und für Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation gefordert haben. Diese Mittel sind jetzt deswegen besonders wichtig, weil, wie Sie alle wissen, die ohnehin schon sehr geringe Organspendebereitschaft der Bevölkerung durch die aktuelle Situation noch weiter gesunken ist und weil wir wirklich alles tun müssen, um das Vertrauen in die Organspende zurückzugewinnen. Dafür sind die Mittel, die wir beantragt haben, nun wirklich nicht zu viel.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Der zweite Schwerpunkt sind die Gelder für Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids. Herr Staatsminister, wir waren vorletzten Freitag gemeinsam bei der 25-Jahrfeier der Aidsberatungen. Dort ist gesagt wor-

den, dass Bayern viel tut; aber es gibt auch noch viel zu tun. Die Zahl der Neuinfektionen ist in diesem Jahr wieder um 20 auf 410 gestiegen. Insbesondere bei der Aufklärung von Frauen und bei der Aufklärung in Bezug auf die Diagnostik bei Frauen, die nämlich häufig viel zu spät erst erfolgt, weil die Ärzte beim Thema Aids die Frauen nicht im Kopf haben, gäbe es noch viel zu tun. Auch da sind die 400.000 Euro, die wir fordern, wirklich nicht zu viel verlangt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper
(GRÜNE))

Ein ganz, ganz drängendes Thema, das wir neulich im Ausschuss im Zusammenhang mit der Methadonsubstitution gestreift haben, sind die Zuschüsse für die Mittel zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten. Wenn Sie es uns nicht glauben, glauben Sie es Ihrem Kollegen Dr. Zimmermann, der im Ausschuss tatsächlich gesagt hat, in den JVA's finde Therapie an dieser Stelle nicht statt. Regen Sie sich nicht auf, Frau Goderbauer. Das schadet Ihren Herzkranzgefäßen. Ich darf Ihnen versichern, dass die Mittel, die Sie im Haushalt haben, natürlich nicht genügen. Das sind nämlich ungefähr die gleichen wie bisher. Damit werden Sie dieses Problems nicht Herr. Davon verstehe ich tatsächlich etwas, das habe ich nämlich einmal gelernt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da brauchen Sie sich wirklich nicht aufzuregen. Lassen Sie sich einfach überzeugen.

Ähnliches gilt für die Suchtbekämpfung, die Drogentherapie und Präventionsvorhaben, hier insbesondere das Projekt HaLT. Wir haben heute ganz aktuell der Presse entnommen, dass im vergangenen Jahr 5.494 Jugendliche im Koma in Krankenhäuser eingeliefert wurden, weil sie zu viel getrunken hatten. Das waren nochmals 163 mehr als im Vorjahr. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Dringender Handlungsbedarf, Kollegen und Kolleginnen, besteht auch im Bereich der neuen oder Modedrogen wie Crystal Meth, wo man gut daran täte, entsprechende Kampagnen im Internet, wo sich die Zielgruppe bewegt, in die Wege zu leiten. Da gibt es nämlich bisher noch gar nichts. Auch diese Mittel braucht der Freistaat ganz, ganz dringend.

Zum Thema Förderung des Präventionsprogramms "0,0 Promille in der Schwangerschaft", das auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen wurde, aber leider nicht mit zusätzlichen Mitteln versehen wurde, sage ich ganz deutlich: Diese Kampagne ist gut, das sind wunderschöne Bilder. Sie ging bisher nur nicht weit genug. Die Gelder, die bisher dafür verwendet wurden – übrigens genau diese 200.000, wie wir dem Pressegespräch, Herr Huber oder Frau Huml, entnehmen konnten, die wir fordern -, stehen in Konkurrenz zu anderen wichtigen Präventionsmitteln. Deswegen glauben wir, dass das Geld an dieser Stelle zusätzlich eingesetzt werden muss und dass tatsächlich noch sehr viel mehr passieren muss als diese Plakatkampagne, damit in der Breite der Gesellschaft bekannt wird, dass Alkohol in der Schwangerschaft, in welcher Dosis auch immer, schadet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper
(GRÜNE))

Wir haben damit unsere wichtigen gesundheitspolitischen Forderungen in einem finanzpolitisch sehr verantwortungsvollen und sehr bescheidenen Rahmen, nämlich 2,3 Millionen, als Anträge in dieses Haus eingebracht. Wir bedauern sehr, dass Sie sich an keiner Stelle dazu haben durchringen können, diesen nahezutreten. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf. Spätestens im nächsten September wird es besser.

Ein Satz noch vorab zu dem, was Sie sagen werden, jedenfalls gehe ich davon aus. Wir würden uns sehr wünschen, dass Ihr Landärzteprogramm Erfolg hat, weil das tatsächlich für die Menschen wichtig wäre. Wir haben aber starke Bedenken, ob die Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, tatsächlich in der Breite helfen. Weiterbildungs-

verbünde wären unserer Meinung nach ein wichtiger Baustein gewesen, der aber zu kurz gekommen ist. Wie gesagt, wenn es hilft, dann soll es uns recht sein. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei mir kommt jetzt der Bereich Umwelt. Der Bereich Gesundheit kommt am Ende noch dreimal bei drei kompetenten Kollegen zur Sprache.

Ich beginne zunächst mit einem Lob. Umweltbildung ist eine klassische Querschnittsaufgabe nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens, das auch in der Natur stattfindet. Umweltbildung ist eine Bildung mit Herz, Kopf und Hand. Deshalb begrüßen wir es, dass der Haushaltsansatz für Umweltstationen 2013 und 2014 auf rund 1,8 Millionen aufgestockt wird. Derzeit werden die Umweltstationen in Bayern schwerpunktmäßig über Projektförderung finanziert. Auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter kommen in der Regel zehn ehrenamtliche. Der Nachteil einer solchen Projektfinanzierung ist meist, dass man sich immer neue Projekte überlegen muss, um in den Genuss staatlicher Förderung zu kommen. Besser wäre es, Herr Minister, wenn man auch bewährte Konzepte mittel- und langfristig finanzieren würde. Das würde den Umweltstationen auch mehr Planungssicherheit bringen. Aber aus den Mitteln des Umweltfonds wird es in der Regel von Jahr zu Jahr neu festgesetzt. Das bedeutet für viele Öko- oder Umweltzentren eine gewisse Unsicherheit. Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Ministerien in Bayern zeigt, dass die größte Unterstützung für die Umweltstationen bzw. für die außerschulische Bildung vom Umweltministerium kommt. Das finden wir auch gut so. Auf der anderen Seite ist es auch wichtig, Umweltstationen mit Leben zu erfüllen. Dafür benötigt man Lehrkräfte, die zum Teil abgeordnet werden. Hier ist das Kultusministerium viel stärker als bisher gefordert. Das ist ein Defizit, das wir insgesamt bedauern.

Wir haben im Haushaltsausschuss verschiedene Anträge gestellt, zum Beispiel die bayerische Biodiversitätsstrategie offensiver als bisher umzusetzen. Dafür wurden zwar einige Millionen vorgeschlagen, allerdings haben wir zusätzlich eine Million insgesamt gefordert. Da geht es um die Sicherung der Arten- und Sortenvielfalt, den Erhalt verschiedener Lebensräume und die Verstärkung der ökologischen Bildung, auch um Reduzierung des Flächenverbrauchs, einen Punkt, den wir immer wieder anprangern. Deshalb wäre es wichtig gewesen, hierfür noch zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Koalition hat den Antrag mit der Begründung abgelehnt, es sei schon genug Geld für die Renaturierung von Mooren vorgesehen, aber darum ging es uns gar nicht. Es geht um einen umfassenden Ansatz.

Ein weiterer Punkt ist der sogenannte ökologische Fußabdruck in Bayern. Der ist viel zu groß. Es gibt vom Entwicklungsnetzwerk Bayern eine Ausstellung, die Bayern ein Entwicklungsland nennt. Hier geht es einfach darum, dass der ökologische Fußabdruck pro Bürger in Bayern dreimal so groß ist, wie er eigentlich sein dürfte. Wir leben also dreifach über unsere Verhältnisse. Dem müsste eine nachhaltige Politik entgegensteuern.

Im Umweltausschuss haben wir den Antrag gestellt, dass die staatliche Verwaltung eine CO₂-neutrale Klimabilanz ausweist, zum Beispiel bis zum Jahr 2030. Es geht um den Energieverbrauch der staatlichen Gebäude, den Kraftstoffverbrauch der staatlichen Fahrzeugflotte und unter anderem auch um die Dienstreisen der Mitarbeiter. Wir haben dafür gute Beispiele, Herr Umweltminister. In Hessen und in Nordrhein-Westfalen wird das von der dortigen Staatsregierung umgesetzt, die Landtage haben zum Teil einstimmig dafür gestimmt. Deswegen verstehen wir nicht, dass etwas, was in Hessen und in Nordrhein-Westfalen geht, in Bayern einfach abgelehnt wird. Wir haben ja zunächst nur gefordert, dass ein Gutachten für 50.000 Euro erstellt wird. Auch dies wurde insgesamt abgelehnt. Wir meinen, da gehen die Lippenbekenntnisse der Bayerischen Staatsregierung zum Thema Klimaschutz ins Leere. Wichtig wäre auch die öffentliche Vorbildwirkung gewesen, die durch diese Ablehnung leider nicht gegeben ist.

Ein weiterer Punkt, der für uns im Umwelt- und Gesundheitsausschuss auch wichtig gewesen wäre, ist das aktuelle Fluglärmgesetz. Das Thema Fluglärm und menschliche Gesundheit wird immer und immer wieder im Wirtschaftsausschuss behandelt. Da Fluglärm aber die Gesundheit belastet, meinen wir, dass dieses Thema originär dem Umwelt- und Gesundheitsausschuss zugeordnet werden müsste, was leider nicht der Fall ist. Der Deutsche Ärztetag hat einstimmig festgestellt, dass das bestehende Fluglärmgesetz unbedingt geändert werden müsste, weil die dort vorgegebenen Grenzwerte nicht mehr den aktuellen Erfordernissen entsprechen. Von der Koalition wurde im Ausschuss einfach gesagt: Die FREIEN WÄHLER bringen Informationen, die vordergründig dem Wahlkampf dienen. Das kapieren wir gar nicht. Wir haben nur eine Anregung des Deutschen Ärztetages aufgegriffen, wonach das Gesetz geändert werden muss. Selbst die Bayerische Verfassung sagt in Artikel 151, dass jegliche wirtschaftliche Tätigkeit auch dem Allgemeinwohl dienen muss. Das heißt, die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksichtnahme auf den Nächsten. Deswegen können wir der schwarz-gelben Regierung in München leider den Vorwurf nicht ersparen, dass sie sich für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bürger nicht besonders interessiert.

Zum Punkt Energiewende muss ich natürlich auch etwas sagen. Ganz klar: Die Energiewende wird von der Koalition nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt. Es geht auch um die Anträge, über die heute einzeln abgestimmt wird. Die Koalition wollte nur Prüfanträge ohne finanzielle Auswirkungen haben. Das ist nicht der Sinn des Ganzen und nicht das, was wichtig wäre. Ich muss sagen: Damit gefährdet die Koalition eigentlich auch die Energiekommission. Die Koalition lehnt es zum Beispiel ab, die Kommunen bei der energetischen Sanierung zu unterstützen – Kollege Glauber hat dies ja gesagt -; die Mittel wurden auf 20 Millionen Euro reduziert. In dem Antrag, über den wir namentlich abstimmen, geht es eigentlich nur um 2.500 Euro pro Jahr. Wir sind gespannt, wie Sie abstimmen werden.

Vor einigen Tagen – das haben Sie alle gelesen – forderte der Bayerische Gemeindetag einen Masterplan für die Energiewende und im Speziellen die Erstellung kommunaler Energienutzungspläne. Wir FREIEN WÄHLER haben für den Haushalt 2013/2014 einen Antrag für einen Masterplan für die Energiewende gestellt. Er wurde abgelehnt. Die Koalition in Person von Wirtschaftsminister Zeil lehnte dies ab, weil die Kommunen durch den kommunalen Finanzausgleich angeblich schon gut bedient seien.

Herr Huber, Sie haben am 5. Dezember gesagt: Wir dürfen nicht auf den Rest der Welt warten, wenn es um die Energiewende geht; wir müssen voranschreiten. Ich halte das für eine gute Aussage. Wenn dann aber ein Antrag kommt, beispielsweise von den FREIEN WÄHLERN, in dem es um die weltweite Ächtung der Atomkraft und um die Förderung erneuerbarer Energien statt Hermes-Bürgschaften für ausländische Atomkraftwerke geht, lehnt ihn die Koalition ab und spricht mit gespaltener Zunge. Wir sagen: Was in Deutschland gilt, muss auch in anderen Ländern gelten. Mit anderen Worten: Die Koalition hat sich geistig und faktisch noch nicht von der Atomkraft verabschiedet.

Fazit, meine Damen und Herren: Der Haushalt des Umweltministeriums wird insbesondere auch den Anforderungen der Energiewende nicht gerecht und wird daher von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Magerl erteilen.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde für meine Fraktion zum Bereich Umwelt sprechen, Kollegin Schopper wird den Bereich Gesundheit übernehmen – wir könnten auch tauschen; das ginge schon auch.

Ich möchte drei Schwerpunkte herausgreifen. Eigentlich müsste man über den Umwelthaushalt viel länger debattieren, nämlich über die Schwerpunkte Klimaschutz, Energiewende und Schutz der Biodiversität, darüber, wo wir stehen und was Sie in diesen Bereichen nicht machen und was Sie nur mangelhaft berücksichtigen. Ich möchte etwas den Blick darüber hinaus auf das werfen – Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe –, was denn die anderen Ressorts gegen die Bestrebungen des Umweltministeriums so alles treiben, gerade im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich des Verkehrs und ähnlicher Dinge sowie bei der Eingriffsverwaltung. Wenn man bei einer solchen Haushaltsrede eine Gesamtbilanz zieht, muss man die gesamte Lage durchaus etwas berücksichtigen.

Heute ist in diesem Haus schon viel Weihrauch hinausgeblasen worden, so viel, wie ich es in meiner langen Zeit in diesem Hause selten erlebt habe. Lassen Sie mich deshalb mit dem Thema Abgase und insbesondere mit klimawirksamen Abgasen beginnen.

Wir in Bayern befinden uns diesbezüglich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Ich lasse die letzte Debatte kurz vor dem Klimagipfel in Cancún 2010 Revue passieren. Wir sind nicht übermäßig weit heruntergekommen. Einer der Bereiche, bei dem wir in Bayern bundesweit eine unselige Spitzenrolle innehaben, ist der Verkehrsbe- reich. Von knapp 80 Millionen Tonnen Gesamt-CO₂-Ausstoß in Bayern gehen fast 40 % auf den Verkehr zurück, bundesweit sind es nicht einmal 20 %. Wir sind bedauerlicherweise weiter Spitzenreiter, und die Tendenz ist eher steigend.

Die Bayerische Staatsregierung – nicht Sie als Minister oder Ihr Ministerium, sondern die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung im Bundesrat – will sogar, dass der CO₂-Ausstoß noch weiter steigt – siehe den unseligen Vorstoß Ihres Amtsvorgängers und jetzigen Finanzministers Söder zum Thema Luftverkehrssteuer. Da ist endlich einmal eine Steuer eingeführt worden, die im ökologischen Sinne durchaus steuernd wirkt, nämlich zum ganz großen Teil gegen die Billigfliegerei wirkt. Was aber macht dieser Minister? – Kaum kommt aus der entsprechenden Branche das Gejammer, un-

ternimmt er einen Bundesratsvorstoß zur Abschaffung der Luftverkehrssteuer. Ich muss sagen: Das ist unsäglich, sowohl umweltpolitisch als auch finanzpolitisch unsäglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen ewigen Kampf der Branche. Der Chef der hoch defizitären Air Berlin, Hartmut Mehdorn, hat in grob beleidigender Art und Weise gegen diese Steuer und gegen die Politik polemisiert. Er hat die Luftverkehrssteuer als Unzucht mit Abhängigen bezeichnet. Was macht Herr Söder? – Er verwahrt sich nicht dagegen, sondern er stellt einen Antrag im Bundesrat, und leider Gottes folgt ihm der Bundesrat auch noch und beschließt mit Mehrheit die Abschaffung dieser ökologisch so sinnvollen Luftverkehrssteuer.

Wenn man sich die Beschlussdrucksache des Bundesrates ansieht, sieht man klar und deutlich: Dies kommt in erster Linie den Billigfliegern zugute. Dahinter steckt eine Initiative der Billigflieger. Ich habe mir gedacht, wir werden uns einig, wenigstens diese Auswüchse zu bekämpfen. – Aber mitnichten. Ihnen und allen voran und speziell Staatsminister Söder ist die Billigflieger wichtiger als der Klimaschutz in unserem Lande.

Sie sollten sich einmal die Steuern in anderen Ländern ansehen. Dort, wo sich der größte Flughafen Europas befindet, nämlich in England, beträgt die Steuer bis 6.000 Meilen 81 Britische Pfund, über 6.000 Meilen 92 Britische Pfund, also deutlich mehr als bei uns. Die Briten stehen hinter dieser Steuer. Wir bräuchten diese Steuer auch zur Sanierung des Bundeshaushaltes ganz, ganz dringend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kürzlich fand der Klimagipfel statt. Zuerst wurde in London ein Bericht vorgestellt, dann fand der Gipfel in Doha statt. Die Ergebnisse sind klar: Die Zwei-Grad-Celsius-Grenze – manche Forscher sagen, die Zwei-Grad-Grenze sei zu hoch; die Klimaer-

wärmung müsste eigentlich auf 1,5 Grad beschränkt werden – werden wir aller Voraussicht nach, so wie es aussieht, reißen. Was machen Sie? – Dort, wo sinnvoll gesteuert wird, arbeiten Sie dagegen. Man muss sich die Prosa von Herrn Söder ansehen. Am 1. Dezember 2010, kurz vor Cancún, hat er noch gesagt: Wir handeln aus ethischer Verantwortung und Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung; wir wollen einen klaren Beitrag leisten, um das international anvisierte Ziel, die Zwei-Grad-Celsius-Grenze einzuhalten, zu erreichen. Wie diese wundervolle Prosa mit der Abschaffung der Luftverkehrssteuer zusammenpasst, vermag wohl nur ein Markus Söder zu erklären. Mir fehlt hier, Herr Dr. Huber, eine klare Stellungnahme von Ihnen, vom jetzt für das Klima zuständigen Minister, wie Sie zu diesem Unfug im Bundesrat von Herrn Söder und von der Bayerischen Staatsregierung insgesamt stehen.

Wir haben zum Klimaschutz Anträge gestellt. Ich greife einen heraus, dessen Inhalt auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ganz klar gefordert wird, nämlich unseren Antrag zur Renaturierung von Mooren zum Zwecke des Klimaschutzes. Der Wissenschaftliche Beirat sagt klar und deutlich und schreibt dies der Bundesregierung und letztlich auch Ihnen ins Stammbuch: Moore gelten als äußerst effektive Ökosysteme für Kohlenstoffspeicherung und spielen damit eine wichtige Rolle für den Klimaschutz; die Fixierung einer Tonne CO₂ kostet 5 bis 75 Euro. Das ist einer der billigsten Beiträge zum Klimaschutz. Sie lehnen auch diesen einfachen Antrag ab.

Die Energiewende – das hat Kollege Glauber vorher schon gesagt – findet in der Regierungserklärung von Herrn Seehofer praktisch nicht statt – einige wenige kurze Zeilen, und das war es.

Sehen wir uns kleinere Anträge an, zum Beispiel den fraktionsübergreifenden Antrag zur Erprobung fischfreundlicherer Wasserkraftwerke. Sie sind nicht einmal bereit, lediglich 2,5 Millionen Euro dafür zu geben. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen und komme zum Bereich Artenschutz. Der Flächenverbrauch ist nach wie vor ungebremst auf einem hohen Niveau. Wir lagen im letzten Jahr bei 18 Hektar pro Tag und 6.570 Hektar pro Jahr. Ich habe mir die Zahlen von 1984 bis 2011 geholt. In diesem Zeitraum haben wir in Bayern über 210.000 Hektar Land verbraucht. Das entspricht 26-mal der Fläche des Chiemsees, die wir unter Beton, unter Asphalt und Ähnlichem haben verschwinden lassen. In Ihrem Haushaltsentwurf fehlen mir die entsprechenden Punkte und auch die entsprechenden Zielvorgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Punkt: die Artenvielfalt. Da gibt es immerhin eine positive Meldung, die wir in den letzten Tagen der Presse entnehmen konnten. Die Leuchtkäfer, gemeinhin auch als Glühwürmchen bekannt, haben offensichtlich deutlich zugenommen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber bei dieser positiven Meldung muss man es leider bewenden lassen. Im Ranking des Naturschutzbundes Deutschland NABU stehen in der Bewertung hinsichtlich des Waldprozessschutzes, der Ausweisung von Managementplänen, von Naturschutz- oder Vogelschutzgebieten sowie von FFH-Gebieten und des Ökolandbaus in Bayern alle Ampeln auf Rot. Bayern ist Schlusslicht bei dieser Bewertung. Das ist der bayerische Standort. Ich möchte dabei nur einen Bereich aufgreifen, nämlich den Grünlandumbruch. Die Grünlandfläche leidet in Bayern an der galoppierenden Schwindsucht. Anders kann man es nicht sagen. Der zuständige Landwirtschaftsminister aber macht in heiler Welt. Ich zitiere aus einem Schreiben des Ministeriums vom 26.11. dieses Jahres an die Lehrkräfte der dritten und vierten Jahrgangsstufen. Es heißt da:

Sie werden sich vielleicht verwundert fragen: Warum bekomme ich in einem Päckchen Heu zugeschickt? Heu stammt von einem Bauernhof. Wir möchten Ihnen mit diesem Erlebnispaket mit allen Sinnen das Programm "Erlebnis Bauern-

hof" vorstellen, und das Heu mit dem besonderen Duft, der Farbe, dem Knistern und der Zerbrechlichkeit soll Sie an das Leben in einem Dorf auf einem Bauernhof erinnern.

Das ist eine Prosa, die es möglicherweise noch vereinzelt gibt, aber sowohl diese Situation als auch das artenreiche Grünland stehen in Bayern längst auf der roten Liste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, zu den Großschutzgebieten. Stichwort: Steigerwald. Es gehörte heute bei einigen Rednern zum guten Ton, auch auf das Nachbarland Baden-Württemberg einzugehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eigentlich bedauerlich!)

Ich will es kurz ebenfalls tun. Dort gibt es eine hervorragende Erklärung "Christdemokraten pro Nationalpark Schwarzwald".

(Volkmar Halbleib (SPD): Wahrscheinlich ein Gerücht!)

Deren letzter Satz lautet: Wir setzen uns daher für die Errichtung eines Nationalparks Schwarzwald ein aus Verantwortung für die Schöpfung und als Beitrag zur Förderung der Wirtschaft im Schwarzwald. Sehr vernünftig, aber was machen die Vertreter unserer Staatsregierung? Der irrlichternde Innenstaatssekretär Gerhard Eck fährt in den Schwarzwald, um dort zu missionieren und zu polemisieren gegen Nationalparke im Steigerwald und im Schwarzwald. Das ist die rückwärtsgewandte Politik zu den bayrischen Schutzgebieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Magerl, mir steht es nicht zu, aber wir haben vielleicht dabei Chancen, auf eine Schwarzwalduhr zu blicken.

(Heiterkeit)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ich hätte noch gern etwas zur Wasserrahmenrichtlinie gesagt. Aber nur noch kurz: Wir werden uns selbstverständlich für den Erhalt der frei fließenden Donau einsetzen sowie für den Erhalt unserer Heimat. Ich danke – nicht nur, was den Haushalt anbelangt – dem Kollegen Eike Hallitzky für seinen Einsatz für die Donau und ich danke auch der Kollegin Claudia Stamm. Albert Einstein hat einmal gesagt: Phantasie ist alles. Sie ist die Vorschau auf die künftigen Attraktionen des Lebens. Wir haben diese Phantasie und werden sie ab Herbst 2013 auch realisieren.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer. Bitte sehr.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch nach über zwölf Stunden Debatte und zu so später Stunde werden Sie sicherlich gleich merken, dass wir Liberalen einen grundsätzlich anderen Ansatz in der Umweltpolitik verfolgen als mein Vorredner von den GRÜNEN. Wir wollen die Menschen eben nicht mit Ökoregeln und unnötigen Umweltregeln bevormunden und ihnen vorschreiben, wie sie zu leben oder sich zu bewegen haben.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ökonomie statt Ökologie! - Volkmar Halbleib (SPD): Hauptsache heiße Luft!)

Bei uns Liberalen und auch bei den Kollegen der CSU steht in der Umweltpolitik immer der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb finde ich es sehr gut – das möchte ich explizit loben –, dass auch im Einzelplan 12 der Bereich Umwelt in ein positives Licht gestellt wird. Man soll die Umwelt nicht nur erleben, man muss sie auch verstehen, um sie beschützen und bewahren zu können und von ihr begeistert zu sein.

Ich möchte aktuell aus den letzten Tagen etwas ganz Besonderes hervorheben, was auch entsprechend finanziell unterstützt wird. Es ist ein kleines Projekt,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Klein, aber fein. Ist das Ihre Denke?)

aber die kleinen Dinge vor Ort machen den ganzen Bereich der Umweltpolitik besonders wertvoll. Ich meine das Projekt der ÖkoKids. Unsere Staatssekretärin Melanie Huml hat eben kurz einmal 104 Projekte in insgesamt 98 Tageseinrichtungen über ganz Bayern hinweg ausgezeichnet.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer (FDP))

Das ist eine tolle Geschichte, die beweist, dass wir als Regierungskoalition von CSU und FDP generell die Bildung auch hinsichtlich der Umweltbildung in den Mittelpunkt stellen. Gerade in diesem Sinne legen wir ein besonderes Augenmerk auf die frühkindliche Bildung. Dieses Projekt ÖkoKids ist ein Vorzeigeprojekt, für das wir bisher zum zweiten Mal Auszeichnungen verliehen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es freut mich, dass das auch bei den GRÜNEN einen bejahenden Seufzer hervorgerufen hat.

(Harald Güller (SPD): Das war bei der SPD und der Seufzer war weniger bejahend als gequält!)

Ich möchte jetzt auf etwas kommen, das überhaupt noch nicht angesprochen worden ist. Auf die Freiwilligkeit beim Umweltschutz legen nicht alle Parteien so viel Wert wie die Liberalen. Ich möchte explizit erwähnen: Alle jungen Menschen, die das FÖJ, das Freiwillige Ökologische Jahr, absolvieren, werden entsprechend finanziell vom Umweltministerium gefördert. Über 2.400 junge Menschen haben sich bereit erklärt, sich freiwillig im Sinne unserer Umwelt für unsere Gesellschaft und ihre eigene Fortbildung einzusetzen. Allen diesen jungen Leuten rufe ich von hier ein ganz herzliches Dankeschön zu.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres neues Vorzeigeprojekt im Bereich der Umweltbildung ist noch im Entstehen, aber wird sehr imposant werden. Der Umweltausschuss hat bereits die Baustelle des Hauses der Berge im Nationalpark Berchtesgaden besucht.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Frau Noichl, Sie sollten es einmal besuchen. Freuen Sie sich darauf. Es ist ein wunderbarer Ansatz für die Umweltbildung, aber auch ein wunderbarer Ansatz für die Nationalparkidee. Das Haus der Berge im Nationalpark Berchtesgaden steht für Offenheit, Transparenz und ein Naturerlebnis mit dem Steinadler. Ich sage ganz ehrlich: Diese Art des Nationalparks, wo die Natur erlebbar ist und der Mensch gleichzeitig nicht ausgesperrt wird, entspricht für mich der Idee eines Nationalparks.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

So stelle ich mir einen Nationalpark vor. Daran sollten sich andere Nationalparke, auch internationale Nationalparke, aber auch ein anderer in Bayern eine Scheibe abschneiden.

(Sabine Dittmar (SPD): Sie denken wohl an den Steigerwald? Wie ist Ihre Positionierung zum Steigerwald?)

Diese Nationalparke wie den in Berchtesgaden gilt es zu unterstützen. Freuen wir uns auf das Haus der Berge.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Minister, viele Ihre Parteikollegen tragen sehr häufig den Begriff von der Wahrung der Schöpfung vor sich her. Sie als Tierarzt sind mit mir sicherlich einer Meinung, dass zur Wahrung der Schöpfung auch die Bewahrung unserer Mitgeschöpfe gehört. Ich lobe Sie ausdrücklich für die immense Fachkompetenz, die Sie in diesen

Bereich einbringen, und dafür, mit welcher Liebe Sie gerade vor wenigen Wochen wieder den Bayerischen Tierschutzpreis verliehen haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ihr Vorgänger hat es in einem sehr schönen Umfeld auf der Kaiserburg in Nürnberg gemacht, Sie haben es in der Residenz in München gemacht und Sie haben das zahlreiche kleinteilige ehrenamtliche Engagement mit sehr viel Herz gewürdigt, sei es – ich kann mich daran erinnern – die Dame, die sich für die Igel einsetzt, oder sei es, dass Sie in München für eine Auffangstation für Reptilien gemeinsam mit unserem Wissenschaftsminister Heubisch gekämpft haben, als es dort zu einer prekären Lage kam. Sicher sind die Schnappschildkröten nicht die hübschesten und mit eines der gefährlichsten Tiere, aber auch hierfür hatten Sie Sinn. Es ist sehr positiv hervorzuheben, auf welche sympathische Art und Weise Sie sich neben dem Umweltschutz auch für den Tierschutz einsetzen. Dass wir das finanziell unterstützen, ist ein wichtiges Zeichen der schwarz-gelben Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Umwelt ist auch Menschenschutz. Somit bin ich glücklich darüber, dass wir das Hochwasserschutzprogramm fortschreiben konnten, auch wenn wir noch einigen Nachholbedarf zu erfüllen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wohl wahr!)

Ich bedanke mich hier ganz herzlich für Ihren Einsatz. Wir dürfen die Finanzierung des Hochwasserschutzes allerdings nicht allem voranstellen. Vor allem dürfen wir uns nicht über die Zerstörung der Umwelt hinwegsetzen. Der Ausbau der Donau mit Stautufen kann nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass durch europäische Gelder Hochwasserschutzmaßnahmen mitfinanziert werden könnten. Das wäre ein Handeln nach dem Grundsatz "linke Tasche/rechte Tasche"; denn auch europäisches Steuer-geld ist Geld des bayerischen Steuerzahlers. Ich freue mich sehr über Ihr Engagement

für einen vernünftigen Ausbau der Donau an der Seite von unserem Wirtschaftsminister Martin Zeil. Wir wollen mit unserer umweltverträglichen sanften Ausbauvariante auf der einen Seite die Wirtschaft fördern, auf der anderen Seite aber auch die Umwelt vor unnötigem Schaden bewahren. Das ist in meinen Augen eine moderne Umweltpolitik und eine gute und vernünftige Wirtschaftspolitik. Das ist eine vernünftige Partnerschaft zwischen Ökologie und Ökonomie. Hierfür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, da wir gerade bei dem wunderbaren Tandem Wirtschaftsminister Zeil und Umweltminister Dr. Huber sind, möchte ich mich gleich für deren Engagement bei der Energiewende bedanken. Wir müssen bei der Energiewende auf dem Weg in ein neues Zeitalter der umweltverträglichen Energieversorgung speziell die Chancen betonen und explizit herausstellen. Für uns als Parlamentarier ist es eine der spannendsten Aufgaben, unseren Standort auf eine umweltverträglichere und generationengerechtere Energieversorgung umzustellen. Ich weiß, dass die ganze Welt auf uns schaut. Die ganze Welt ist gespannt, ob wir es wirklich schaffen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es schaffen werden. Ich träume ein bisschen davon, wenn wir in Bayern einen vernünftigen Umstieg schaffen, dass wir im Energiebereich das werden, was das Silicon Valley in den USA im Computerbereich ist.

Wenn wir es mit all unserem Know-how, das wir vor Ort einsetzen, schaffen, auf eine umweltfreundliche Energieversorgung umzusteigen, werden wir damit nicht nur einem großen Wirtschaftszweig in Bayern zum Leben verhelfen, sondern auch unsere Natur und Umwelt vernünftig schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist eine vernünftige Partnerschaft zwischen Ökonomie und Ökologie. Hierfür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Schluss möchte ich noch einmal danke sagen. Lieber Herr Umweltminister Dr. Huber, Ihnen persönlich ein ganz großes Danke schön. Sie leiten das Ressort mit sehr viel Liebe und einer unglaublichen Kompetenz.

Ich danke auch der Staatssekretärin und all Ihren Mitarbeitern im Haus, die immer kompetente Ansprechpartner sind, egal ob es um Fragen des Wasserrechts oder des Abfallrechts geht. Mein Dank gilt auch unseren Haushältern Professor Dr. Georg Barfuß und Karsten Klein. Ich danke auch allen ehrenamtlichen Helfern draußen für ihr Engagement im Umweltschutz. Sie machen unser Bayern noch ein Stück lebenswerter.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Pult für eine Intervention von Frau Kollegin Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Kollege Thalhammer, ich bin fast zu Tränen gerührt ob der Lyrik Ihrer Ausführungen und Ihrer naturnahen Schauspiel- und Erzählkunst. Nachdem Sie die Nationalparks so gelobt und von fliegenden Adlern und anderem erzählt haben, was Sie gesehen haben, möchte ich Sie fragen, ob Sie uns bei der Einrichtung des Nationalparks Steigerwald unterstützen werden. Ich hätte gern einen Hinweis, ob wir hier konkret mit Ihnen rechnen dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Liebe Frau Kollegin Schopper, ich mag vor allem Nationalparks, in denen der Steinadler vorkommt, weil dort nicht nur der Steinadler die Freiheit genießt, sondern auch der Mensch, der sich in diesen Nationalparks überall bewegen kann. Dieses Konstrukt haben wir in unserem zweiten Nationalpark im Bayerischen Wald nicht. Ich habe das Gefühl, dass bei dem Nationalpark Steigerwald ebenfalls Tabuzonen für den Menschen geplant sind. Diese Art von Nationalpark lehnen wir generell ab. Somit sind wir auch keine Unterstützer des Nationalparks Steigerwald.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Dr. Huber, Frau Staatssekretärin! Ich freue mich, dass es zu so später Stunde doch noch Interesse an den Themen Umwelt und Gesundheit gibt. Dafür vorab schon einmal herzlichen Dank.

Wir haben zuvor über den Haushalt unseres Kultusministers gesprochen. Dabei ging es um Größenordnungen von 10,6 Milliarden Euro und 10,8 Milliarden Euro. Der Einzelplan 12 umfasst ganze 1,6 Milliarden Euro für die beiden Jahre. Das entspricht 1,7 % des Gesamthaushalts. Wir haben Prioritäten bei der Bildung gesetzt. Dazu stehen wir. Wir sind uns sicher, dass gut gebildete Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Kinder eine Bereicherung sind, um aus den Mitteln, die der Umwelthaushalt hergibt, das Beste zu machen. Ich bin Frau Kollegin Gertraud Goderbauer sehr dankbar, dass sie schon das ganze Zahlenwerk in Verbindung mit den einzelnen Positionen dargestellt hat.

Wir haben im Haushalt des Umweltministeriums Personalkosten in Höhe von 52 %. Wir können aber mit der Investitionsquote in diesem Haushalt glänzen. Im Vergleich zur allgemeinen Quote, die 12,5 % umfasst, hat der Haushalt des Einzelplans 12 immerhin 26 % Investitionsmittel. Ich denke, wir haben die Möglichkeit, diese Mittel für unser Land und für unsere Menschen einzusetzen. Ich möchte mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Die Mehrausgaben belaufen sich im Jahr 2013 auf rund 23 Millionen Euro und im Jahr 2014 noch einmal auf 14 Millionen Euro. Somit haben wir eine deutliche Steigerung. Ich möchte als ersten Punkt den Naturschutz und die Mittel nennen, die wir für den flächenhaften Naturschutz durch das Vertragsnaturschutzprogramm, durch den Erschwernisausgleich, die Landschaftspflege und die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie der Bayerischen Staatsregierung einsetzen. Meine lieben Kolleginnen und

Kollegen, das ist Naturschutz in der Fläche. Was wird damit unterstützt? Die extensivere Nutzung unserer Äcker und Wiesen mit dem Ziel, dort der Kreatur, den verschiedenen Arten, mehr Spielraum zu bieten. Das ist eine Tendenz in eine Richtung, wie wir sie früher kannten, vor der intensiven Bewirtschaftung. So wird entscheidend dazu beigetragen, effektiven Naturschutz umzusetzen.

Diese 45 Millionen Euro werden noch durch die Maßnahmen im Landwirtschaftshaushalt gesteigert, wo wir für die Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogramms noch einmal 175 Millionen Euro mit ähnlicher Zielsetzung ausgeben können. Daran wird deutlich, dass wir mit denjenigen, denen die Fläche gehört, also mit den Landwirten und den Eigentümern, zusammenarbeiten. Dies geschieht unter dem Motto der Freiwilligkeit. Wir brauchen die Einsicht, dass auch für die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten etwas getan werden muss. An dieser Stelle möchte ich ganz besonders den Landwirtinnen und Landwirten danken, dass sie hier mitmachen und uns so effizient unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

- Hier darf durchaus einmal geklatscht werden; denn das ist mit Sicherheit eine starke Leistung.

Ein zweiter Schwerpunkt ganz anderer Art hat ebenfalls mit Steigerungen zu tun. Es ist die Erhöhung der Mittel im Rahmen des Aktionsplans Ländlicher Raum – demografischer Wandel. Dafür stehen im Jahr 2013 4 Millionen Euro und im Jahr 2014 5 Millionen Euro zur Verfügung, die dazu beitragen, dass die Steigerung der medizinischen Qualität und der Infrastruktur in unseren Kurorten und Heilbädern stabilisiert und ergänzt wird. Das ist, glaube ich, eine ganz besondere Leistung und ist erwähnenswert.

Ein dritter Punkt im Zusammenhang mit Steigerung ist die Umweltbildung. Jetzt sind wir wieder bei Bildung; nahezu 500.000 Euro stehen mehr im Doppelhaushalt zur Verfügung. Das bedeutet, dass wir in diesem Bereich die bislang 48 Umweltstationen – zwei sollen dazukommen – unterstützen können. Herr Kollege Fahn, die projektbezo-

gene Unterstützung ist, glaube ich, auf ein Monitum, auf eine Anmahnung des Obersten Rechnungshofes zurückzuführen, nicht die Institutionen zu stärken und zu fördern, sondern die Arbeit in einer ganz bestimmten Zielsetzung. Das kennen wir aus anderen Bereichen, zum Beispiel aus dem Landwirtschaftssektor. Das ist in manchem Fall vielleicht unbequem, weil man sich wirklich darüber Gedanken machen muss, worauf man Wert legt und was die Zielsetzung von Bildungsmaßnahmen ist, aber es führt auch dazu, dass Finanzmittel effektiv eingesetzt werden. Gerade über die Umweltbildung erreichen wir unsere Kinder, die Jugendlichen und natürlich auch Erwachsene, die ein Leben lang lernen wollen.

Der Klimaschutz ist ein Thema, das mir ebenfalls wichtig ist. Kollege Magerl hat es auch schon angesprochen. Dieser Bereich könnte mit Sicherheit, das gestehe ich zu, noch deutlich mehr Mittel vertragen.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das wird niemand bestreiten. Auch in unseren Reihen gäbe es gute Ideen,

(Ludwig Wörner (SPD): Höchst selten!)

was man mit weiteren 10 Millionen noch tun könnte. Das ist ganz klar. Meine ganz persönliche Auffassung ist: Wir legen heute zu Recht auf Bildung wert; ich bin mir jedoch sicher, dass noch Zeiten kommen werden, in denen wir auf Umwelt einen deutlicheren Akzent setzen müssen. Denn die Entwicklungen im Klimabereich machen uns das deutlich. Bisher hatten wir die Zielsetzung, die Erderwärmung um bis zu zwei Grad in den Griff zu bekommen. Neueste Erkenntnisse machen uns deutlich, dass das wohl so nicht zu erreichen sein wird – mit allen Folgen. Hier müssen wir, denke ich, viel Kreativität aufbringen, um das Geld, das uns zur Verfügung steht, wirkungsvoll einzusetzen.

Kollege Magerl, es mag sein, dass diese Zahlen zutreffen: 80.000 Tonnen CO₂-Ausstoß.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): 80 Millionen! - Ludwig Wörner (SPD): Ach, wegen dem Nuller da! Reg dich nicht auf!)

- 80 Millionen? – 80 Millionen, und davon die Hälfte durch den Verkehr. Dieser Wert ist natürlich auch der speziellen Situation in Bayern geschuldet: Wir sind ein Flächenland. Diejenigen, die auf dem Land wohnen, kommen nicht ohne Auto aus. Wir stehen vor der Herausforderung, hier andere Techniken einsetzen zu können, zum Beispiel das Elektroauto. Dennoch – damit brauchen wir uns nicht zu verstecken – sind wir nach wie vor bei rund 6 Tonnen pro Einwohner und Jahr CO₂-Ausstoß in Bayern;

(Ludwig Wörner (SPD): Warum ist denn das so? Das erzähle ich dir gleich!)

Das ist klar, das liegt daran, dass wir bisher zum großen Teil die Kernkraftwerke hatten. Und auch die rund 33 % des Stroms aus regenerativen Quellen tragen dazu bei.

Wir haben auch in anderen Bereichen Herausforderungen zu bestehen. Ich will ein zweites Thema ansprechen: die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz. Gerade auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel wissen wir um die Schwankungen des Wetters. Die Niederschläge fallen nicht mehr so einheitlich übers Jahr verteilt, sondern zeitlich sehr punktuell. Damit sind natürlich auch Probleme verbunden. Die aktuelle Diskussion um den Donauausbau und den Wunsch der Menschen, die Hochwasserschutzmaßnahmen dort zu verbessern, macht deutlich, wo die Befürchtungen liegen und wo wir gefordert sind. Immerhin sind wir in der Lage, hier jährlich rund 105 Millionen Euro zu investieren, natürlich in Kombination mit allen anderen Mitteln aus der EU, EAK-Mitteln sowie Mitteln aus der Abwasserabgabe.

Eine Anmerkung zur Wildbach- und Murengefährdung: Auch hier haben wir von der Fraktion aus noch eine Million dazugegeben, um speziell im Allgäu im Bereich an der Ostrach entsprechende Maßnahmen zeitnah durchführen zu können.

Kommen wir zur Wasserversorgung und zur Abwasserentsorgung. Hier sind wir auf einem hohen Niveau angelangt. Die notwendigen Gelder, die in den nächsten Jahren

zur Verfügung stehen – es sind 103,5 Millionen im Jahr -, werden dazu beitragen, dass die erforderlichen Maßnahmen ergänzt und umgesetzt werden können, wie auch bei den Kleinkläranlagen. Hier konnten wir erreichen, dass das Förderprogramm fortgeführt wird. In den nächsten Jahren werden rund 16 Millionen Euro hierfür zur Verfügung stehen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was Bayern im Wesentlichen ausmacht, ist neben einer gut versorgten, gesunden und gebildeten Bevölkerung sowie einer florierenden Wirtschaft vor allem die faszinierende Natur und die Landschaft. Durch die Umfragen des Bayerischen Rundfunks ist uns jüngst bestätigt worden, warum die Menschen hier gerne leben, und dass sie sich hier sehr wohl fühlen. Auf die Umweltbildung bin ich ja gerade schon eingegangen, aber vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein Wort bzw. einen Satz unseres früheren Umweltministers, der in meinen Augen so treffend formuliert hat: Nur was ich kenne, das schätze ich, und was ich schätze, das schütze ich.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das stammt von Hubert Weiger!)

- Bitte?

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist von Hubert Weiger!)

Dann hat Umweltminister Söder diese Weisheit zumindest weitergetragen.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Das ist jedenfalls das, was uns wichtig ist und was unser derzeitiger Umweltminister Dr. Marcel Huber auch in einem anderen Bereich transportieren möchte. Es geht nämlich um einen Landeswettbewerb zum Thema Schulgärten. Wir wissen, dass gerade die Kinder oft nicht mehr wissen, woher die Nahrung kommt.

(Maria Noichl (SPD): Die Lehrer haben doch gar keine Zeit mehr für einen Schulgarten!)

Sie wissen auch nicht, wie Pflanzen wie Salat oder Gelbe Rüben wachsen und dass es wichtig ist - Frau Noichl, vielleicht holen Sie mal wieder Luft -, dass wir diese Gärten auch bestellen müssen und was es bedeutet, sie tagtäglich zu pflegen, um am Ende ernten zu können. Das Vorhaben, diese Schulgärten wieder ins Bewusstsein zu rücken, könnte einen Anreiz setzen, um eine gesunde Ernährung aufzugreifen und umzusetzen.

Ich komme zum Stichwort "Reptilienauffangstation": Wer sich damit befasst hat, weiß, was sich bei Professor Hoffmann inzwischen an Reptilien eingefunden hat. Die Tiere sind in verschiedenen Stockwerken untergebracht. Es ist nicht einfach, die Betreuung und Pflege der Tiere zu realisieren. Auch hier sind die Gelder, die erhöht worden sind, ein Zeichen dafür, dass uns diese Arbeit wichtig ist, dass wir sie nicht übersehen und dass wir natürlich mittelfristig für eine insgesamt bessere Lösung eintreten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Anmerkungen zum Thema Gesundheit machen. Frau Kollegin Sonnenholzner von der SPD ist darauf eingegangen. Die Themen, die Sie angeschnitten haben, sind natürlich, wie in anderen Bereichen auch schon angedeutet, nicht unbekannt. In der Tat ist es so, dass in der Beratung, in der Suchtbekämpfung, was das Projekt "HaLT" betrifft, Gelder in die Hand genommen worden sind, was man natürlich immer noch zweifelsohne steigern kann. Dennoch sind diese Themen sowohl dem Ministerium als auch der CSU bewusst. Wir werden die Mittel effizient einsetzen, damit das Nötige erreicht wird.

Zur Gesundheitspolitik gehören nicht nur die Gesundheitsförderung und die Prävention, sondern auch die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids. Wir werden Aids-Beratungsstellen weiter fördern. Bei der Gesundheitsvorsorge werden wir die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten weiterhin im Blick haben. Vor allem werden wir auch die Suchtbekämpfung und die Drogentherapie mit allen Möglichkeiten unterstützen. In der Telemedizin, die uns sehr wichtig ist, werden wir verstärkt Maßnahmen unterstützen und begleiten, weil mit der Telemedizin gerade auf dem Land die medizinische Versorgung unterstützt werden kann.

Meine Damen und Herren, Bayern ist auch ein Gesundheitsstandort. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Wir werden diesen Standort stärken und fördern. Dazu wird sicher unser Minister einige Worte sagen.

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich will unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber für die kooperative Arbeit und für den offenen Gedankenaustausch danken. Ebenso möchte ich mich bei Staatssekretärin Melanie Huml bedanken. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern des Ministeriums, die uns durch Informationen unterstützen und uns entgegenkommen. Bedanken möchte ich mich vor allem beim Landtagsbeauftragten Peter Frei, der uns sehr unterstützt und immer wieder dafür sorgt, dass wir auf Fragen gleich die Antworten bekommen. Ich bedanke mich bei unseren Partnern in der Koalition, bei den Spezialisten für Gesundheit und für Umwelt, auch wenn es nicht immer reibungslos läuft. Unter dem Strich machen wir aber eine gute Politik, und auf die sind wir stolz.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ihr seid halt immer ein bisschen widerspenstig!)

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal abschließend bei allen, dass der Haushalt so, wie er uns vorliegt, zustande kam. Er ist unter den gegebenen Vorzeichen eine gute Grundlage, um für Bayern in der Umweltpolitik und in der Gesundheitspolitik das Erforderliche zu tun. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Otto!)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Dank an alle diejenigen, denen daran gelegen ist, die bayerische Heimat, ihre Umwelt und ihre Menschen zu schützen. Dass das manchmal nicht einfach ist, haben wir erleben dürfen. Ich darf heute für die SPD-Fraktion nicht nur über die Umweltpolitik, sondern auch über die Energiepolitik reden. Ich finde es schade, dass der dafür zuständige Minister nicht mehr da ist. Eine Auseinandersetzung mit

ihm darüber wäre interessant gewesen. Dennoch meine ich, dass wir in der Umweltpolitik sehr viel nachzuholen haben. Sie können nicht immer nur darauf verweisen, was die anderen nicht tun, sondern wir müssen ein Vorbild sein, denn Vorbildfunktionen sind die besten Funktionen.

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, mit der Paktiererei aufzuhören. Wir müssen bestimmte Forderungen in Gesetze gießen, weil es anders, wie man sieht, häufig nicht funktioniert. Ich will jetzt nicht über Chemieunfälle und andere nicht so schöne Ereignisse reden. Ich denke nur an die Brunnenschließungen in Bayern. Wenn Sie da noch behaupten, wir hätten gutes Trinkwasser, wird es fast peinlich. Wir warten in dieser Frage immer noch auf die Beantwortung einer Interpellation.

Bei den Uferrandstreifen hätten wir mehr Geld gebraucht, um den Landwirten eine adäquate Entschädigung anzubieten. Wir wollen ihnen nicht alles wegnehmen und sie enteignen. Wir wollen ihnen helfen, aber wir wollen auch der Natur und der Umwelt helfen.

Wir wissen genau – das wollen Sie scheinbar nicht wahrnehmen –, dass in Bayern die CO₂-Last pro Kopf in Wirklichkeit steigen würde, wenn wir nicht so viele Zuwanderer hätten, die diese Pro-Kopf-Belastung nach unten ziehen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen und an diesem Problem etwas intensiver als bisher arbeiten. Wir reden immer darüber, dass wir eine geringere Pro-Kopf-Belastung hätten als andere. In Wirklichkeit hängt das aber mit dem Zuzug und der Statistik zusammen, die Sie sich zurechtgerichtet haben.

Bei Lärm und Feinstaub sehe ich nicht den Zusammenhang mit der Elektromobilität. Leute, die Geld haben, um sich ein Elektroauto zu leisten, sollen dies auch haben. Das müssen wir aber nicht fördern, denn sie können es auch so zahlen. Mir wäre es lieber, dass wir Klein-Lkws für Städte und Ballungsräume fördern, damit diese Transporter nicht täglich unsere Städte verstopfen, uns mit Abgasen vernebeln und mit Lärm und Krach belasten. Damit würden wir viel mehr erreichen als mit der Förderung

von ein paar Elektroautos. Darüber müsste nachgedacht werden. Die Mittel des Haushalts müsste man für diesen Zweck vermehrt einsetzen.

Dass die Mittel für die Umweltbildung aufgestockt wurden, ist richtig. Wer lehren soll, soll aber auch eine Zukunft haben. Wer in den Bildungseinrichtungen mit befristeten Verträgen arbeitet, hat aber keine richtige Zukunft, sondern er lebt von der Hand in den Mund. Die Sicherstellung, dass die Umweltbildung funktioniert, wäre auch Familienpolitik.

Beim Energiesparen komme ich zu meinem Lieblingsthema, den Schneekanonen. Wir sollten uns darauf verständigen, dass es grober Unfug ist, Schnee mit Strom zu produzieren, den wir eigentlich einsparen wollen. Minister Marcel Huber will 20 % einsparen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Dagegen habe ich nichts. Dann müssen wir aber bei den Schneekanonen beginnen. Der Einsatz von Schneekanonen ist in Sachen Energieverschwendung der größte Unfug, den wir betreiben. Wenn sie schon Schneekanonen wollen, sollen sie gleich das Windrad, das den Strom erzeugt, danebenstellen. Es wäre ganz spannend, ob die, die in ihren Regionen Schneekanonen wollen, auf den Bergen, auf denen die Schneekanonen stehen, auch die Windräder haben wollen, die den Strom erzeugen, um den Schnee zu produzieren. Dann könnten wir über Schneekanonen reden. Diese Auseinandersetzung würde ich gerne führen.

Viel mehr bedrückt mich aber die Situation in der Energiekommission. Das dürfen Sie mir glauben. Das hängt auch mit CO₂ und Umwelt zusammen. Wir sind in der Hoffnung gestartet, gemeinsam etwas entwickeln zu können. Aus den Ergebnissen sollten Anregungen entstehen. Was ist eine parlamentarische Anregung? Ein Antrag.

(Tobias Thalhammer (FDP): Nein!)

Meine Damen und Herren, ich will es sehr höflich formulieren. Wenn Sie sich mit einem Vertragspartner auf den Weg machen, einen Vertrag zu schließen, wenn dieser Vertrag in vielen Punkten dank der Kompromissfähigkeit der Verhandlungspartner einstimmig geschlossen wird, wenn Sie aber beim Umwandeln der vertraglich vereinbar-

ten Ergebnisse in reale Politik scheitern, würden Sie einem solchen Partner noch trauen? Würden Sie einem Partner, der mit blauen Augen mit Ihnen verhandelt

(Zurufe von der CSU: Mit braunen!)

- auch mit braunen, das ist egal -, nach einem solchen Ergebnis noch trauen? Diese Frage müssen Sie selbst beantworten. Hier kommt eine zweite Frage hinzu. Jetzt werden ein paar Nebelkerzen geschmissen. Die Anträge seien für den Haushalt zu spät gewesen. Dazu könnte ich Ihnen auch etwas erzählen. Das mache ich aber nicht. Manchmal ist es auch ein Gebot der Fairness. Ich sage Ihnen aber eines: Wenn ich sehe, wie viele Millionen in den Nachschublisten stecken, wäre das Geld für das, was wir wollten, auch noch da gewesen. Unsere Forderungen waren auch nicht unmäßig.

Meine Damen und Herren, wir brauchen fünf Millionen Euro für die Ertüchtigung der alten Wasserkraftanlagen und den Einbau von Fischtreppen. Meine Damen und Herren, wir reden nicht über den Haushalt, in welchem Sie rumtricksen und sagen: Da gibt es was. Das ist der Haushalt, mit dem der Bayerische Staat seine eigenen Anlagen füttert, nämlich die bayerische Wasserkraft. Wir wollten für die privaten kleinen Kraftwerksbetreiber Geld locker machen, um sicherzustellen, dass die Akzeptanz bei den Fischern, den Naturschützern und bei den Betreibern der Anlagen steigt, um die Anlagen weiter zu betreiben und sie auszubauen. Das haben wir alle einstimmig beschlossen. Das steht textgleich im Zwischenbericht, den wir der Präsidentin stolz übergeben haben. Wenn ich mich richtig erinnere, wollten wir gemeinsam Anträge stellen. Wir scheitern jedoch an irgendwelchen "Nickeleien". So nenne ich es mal.

Als Letztes die Ausrede: Wir haben kein Geld gehabt. Leute, seid mir nicht böse, aber wer die Nachschublisten anschaut, weiß sehr wohl, dass Geld vorhanden gewesen wäre, wenn man denn gewollt hätte. Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass einige auf dieser Seite des Hauses und mehrere in der Mitte am liebsten zurück zur Kernenergie wollen. Die Laufzeitverlängerung wäre Ihnen das Allerliebste, um sicherzustellen, dass Sie nicht vom Schoß der großen Vier hüpfen müssen. Sie

wollen damit sicherstellen, dass weiterhin die Mittel fließen, die Sie brauchen, um zu überleben.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Das glauben Sie ja selber nicht, was Sie erzählen!)

Wenn ich mir ansehe, wie das gemacht wird, stellt sich die Frage, wie redlich manche in diesen Verhandlungen sind. Ich kann mit jemandem wunderschön verhandeln. Wenn er am Ende jedoch sagt, das wäre seine Meinung, aber seine Fraktion mache nicht mit, dann ist das blöd.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben Sie auch schon einmal erlebt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen eines - -

(Tobias Thalhammer (FDP): Meine Fraktion hat zugestimmt!)

- Ihre Fraktion, die Haushälter oder wer auch immer hat die Leute, die sie in die Kommission entsandt haben, peinlich im Regen stehenlassen. Sie haben gut verhandelt. Das bescheinige ich Ihnen. Wir haben alle versucht, etwas zu erreichen. Wenn man am Ende die notwendigen Mittel nicht bekommt, lässt man seine eigenen Leute im Regen stehen. Wenn Sie sich das gefallen lassen, ist das Ihre Sache. Ich selber hätte mir etwas überlegt, wenn meine Fraktion das mit mir gemacht hätte. Ich glaube schon, dass jemand, der in Verhandlungen geschickt wird, bis zu einem bestimmten Grad verhandlungsfähig ist und nicht spätestens dann verhandlungsunfähig wird, wenn es ums Geld geht.

Hinsichtlich dieser vier Anträge, über die ich heute geredet habe, waren wir uns in der Sache einig. Es ging um die Wasserkraft, um die Blockheizkraftwerkförderung und um die chemische Forschung für Speicher. In Bayern ist so gut wie gar nichts mehr da. Wir haben uns das nicht ausgedacht, meine Damen und Herren. Das können Sie alles nachlesen. Das ist von den Sachverständigen bestätigt worden. Die Sachverständigen haben uns das berichtet. Die 40 Millionen Euro für die Umsetzung der energetischen

Sanierung in den bedürftigsten Kommunen – so haben wir es formuliert – hätten ausgereicht, um ein Signal zu setzen und die Wende in der Energie vorwärtzutreiben. Ein Kollege hat einen fantastischen Satz geäußert: Das ist zu wenig, also brauchen wir gar nichts. Das war die Originalaussage zu diesem Thema. Natürlich ist das zu wenig. Das wissen wir auch. Allerdings gibt es noch einen anderen Spruch: Irgendwann muss man anfangen. Wir hätten gerne begonnen, leider konnten wir das nicht. Ich glaube, dass das manchen anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission genauso peinlich ist, wie es mich ärgert.

(Beifall bei der SPD)

Mit vielen anderen haben wir für etwas, das wir für richtig gehalten haben, gekämpft. Dann sind aber wir gescheitert. Für manche mag es eine praktische Lehrstunde gewesen sein. Sie haben endlich gewusst, wie man Energie schreibt. Das will ich ja gar nicht bestreiten. Manche können jetzt endlich Kilowatt von Watt und von sonst etwas unterscheiden.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Brutto von Netto!)

Wir sind ein Parlament und nicht unbedingt die Schule der Nation. Von daher bin ich der Meinung, dass Sie damit gescheitert sind. Sie müssen sich den Vorwurf in seiner Gesamtheit gefallen lassen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sagt der stellvertretende Vorsitzende!)

Mit Ihrer Haltung zu diesen vier Anträgen haben Sie bewiesen, dass man Ihnen bei Verhandlungen nicht über den Weg trauen darf.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben Sie mit Ihren dämlichen Pressekonferenzen bewiesen!)

- Ich habe keine dämliche Pressekonferenz gemacht. Mein lieber Herr Kollege Thalhammer, Sie haben gemerkt, dass ich Sie noch nicht einmal richtig wahrgenommen habe.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wir wollen nicht träumen, sondern realisieren. Wir machen Politik und keine Träume. Deswegen ist es so wichtig, dass die Energiewende vorankommt, allerdings – das sage ich Ihnen auch – unter anderen, optimalen Bedingungen. Lehrstunden gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch Arbeit.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Fahn schickt Abgeordneten Wörner zurück an das Redepult)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Fahn, an das Redepult können Sie den Herrn Kollegen nicht mehr verweisen. Das steht noch nicht in der Geschäftsordnung. Überlassen Sie es mir, den Kollegen ans Redepult zu bitten. Jetzt dürfen Sie Ihre Zwischenbemerkung vorbringen. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Wörner, ich habe nur eine Frage: Steht die Energiekommission vor dem Aus, ja oder nein?

Ludwig Wörner (SPD): Das kann ich nicht allein entscheiden. Das muss meine Fraktion entscheiden. Das müssen andere, die dabei sind, mitentscheiden. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir unter diesen Bedingungen weiterarbeiten können. Das werden wir rechtzeitig kundtun.

(Tobias Thalhammer (FDP): Rechtzeitig vor dem Wahltermin! - Unruhe bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Ist da hinten Alkohol im Spiel?)

- Nicht nur da hinten.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege. Das muss nicht sein.

Ludwig Wörner (SPD): Solange nicht geklärt ist, ob diejenigen, die verhandeln, ein Mandat haben, das tragfähig ist, wird es schwierig sein, etwas zu tun. Das ist sonst Zeitverschwendung. Was wollen Sie mit einem Endbericht, wenn es keine Möglichkeiten zur Umsetzung gibt? Herr Thalhammer, jetzt rede ich Sie wirklich an: Sie haben bewiesen, dass Sie zwar gerne verhandeln und plaudern, jedoch sind Sie, wenn es darauf ankommt, nicht in der Lage, Ihr Plaudern in Geld umzuwandeln.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP):
Sie sagen bewusst die Unwahrheit!)

- Herr Kollege Thalhammer, soll ich Ihnen die E-Mail vorlesen, die Sie uns geschickt haben?

(Tobias Thalhammer (FDP): Lesen Sie den Brief an Kollegen Rinderspacher vor, der an Sie persönlich gegangen ist!)

Wir haben eine E-Mail von Ihnen bekommen, in der steht, dass Sie zwei Anträgen von uns überhaupt nicht zustimmen können. Im Übrigen sei kein Geld für den Haushalt da. Das ist Punkt eins. Punkt zwei: Wenigstens haben Sie die Größe besessen, als Fraktion zu antworten. Allerdings gibt es Fraktionsvorsitzende, die nicht in der Lage sind, Briefe zu beantworten. Das ist noch viel schräger. Das müssen Sie aber selber wissen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte verbleiben Sie noch am Redepult. Herr Kollege Füracker? Nicht?

(Albert Füracker (CSU): Herr Kollege Wörner wüsste wahrscheinlich keine Antwort. - Harald Güller (SPD): Sie haben wahrscheinlich keine Frage!)

Ludwig Wörner (SPD): Ich glaube, dass wir zwei in der Frage nicht weit auseinander sind.

Präsidentin Barbara Stamm: Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Die Redezeit ist zu Ende. Jetzt beruhigen wir uns wieder. Herr Kollege Dr. Vetter hat das Wort. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir noch einen kurzen Satz bzw. eine kurze Bemerkung zum Brunnenvergifter Erwin Huber. Ich finde es schade – glauben Sie mir, das meine ich ernst –, dass mit solchen Äußerungen eine nicht unbedeutende Karriere kaputt gemacht wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, seit zwei Tagen sitze ich hier im Plenum. In jeder Rede höre ich von den Leuten der CSU – die FDP macht auch schon mit: Bayern ist spitze. Bayern ist toll. Ministerpräsident Seehofer schießt den Vogel ab. Das macht er in letzter Zeit öfter. Herr Söder kann jetzt auch einen Teil dazu beitragen. Ministerpräsident Seehofer schießt den Vogel ab, indem er zu Beginn seiner Ausführungen sagt, dass laut der neuen Bayern-Studie 98 % der Menschen gerne in Bayern leben. Im Plenum wird suggeriert, dass dies an der CSU und der Staatsregierung liege.

(Unruhe)

Herr Schmid, man müsste sich die Bayern-Studie einmal genauer ansehen. Die Ursachen werden ganz klar benannt: Das ist die schöne Landschaft. Das sind die Traditionen. Das ist die Mentalität.

(Georg Schmid (CSU): Die Politik und die CSU!)

Dieses Totschlagargument für die CSU ist ein bisschen sehr weit hergeholt.

(Georg Schmid (CSU): Die letzten 50 Jahre waren so schlecht nicht!)

- Herr Schmid, ich komme dazu. Dann höre ich immer ein anderes Totschlagargument: die Arbeitslosenquote in Bayern unter 3 %, 2,2 % oder wie auch immer.

(Georg Schmid (CSU): Ist das schlimm?)

- Erkennen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht erkennen? Die Menschen wandern aus großen Teilen Bayerns ab. Wir haben 20 % Bevölkerungsrückgang in Nordbayern, im Landkreis Wunsiedel. Wir haben Landkreise mit minus 10 %, mit minus 7 %,

(Widerspruch bei der CSU)

- Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen sich das jetzt bitte anhören, weil ich mir zwei Tage lang das Gegenteil anhören musste - und das wegen einer verfehlten Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD - Georg Schmid (CSU): Das wissen Sie genau, dass das nicht stimmt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bertermann?

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Wird das auf meine Redezeit angerechnet?

Präsidentin Barbara Stamm: Ja, natürlich.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Dann bitte hinterher.

Präsidentin Barbara Stamm: Gut. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Sie haben – im Übrigen auch die FDP – keine Konzepte zum Umgang mit der demografischen Entwicklung. Sie haben keine Rezepte, keine Visionen dafür. Deswegen, liebe Freunde, brauchen wir die FREIEN WÄHLER in Bayern dringender denn je.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU: Da müssen wir lachen!)

- Das ist so, liebe Kollegen. Wir stehen für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern ein und nicht nur im Großraum München und in Oberbayern.

Jetzt komme ich zum Einzelplan 12.

(Zuruf von der CSU: Endlich!)

Ein wichtiger Aspekt für gleichwertige Lebensbedingungen ist die haus- und fachärztliche Versorgung. Wir haben in den letzten Monaten zum Beispiel einen Antrag zur Einrichtung eines weiteren Lehrstuhls für Allgemeinmedizin gestellt. Er wurde abgelehnt. Wir haben einen Antrag zum Ausbau der Weiterbildungsverbünde gestellt. Er wurde, mir völlig unverständlich, abgelehnt. Das sind die Fakten.

Ein weiteres Thema: Crystal. Wir haben im Grenzgebiet zu Tschechien ein zunehmendes Problem mit Drogen. Zu Crystal bzw. Crystal Speed nenne ich zwei Zahlen: In der Oberpfalz wurden 2010 660 Gramm entdeckt, 2011 2,35 Kilogramm.

(Peter Winter (CSU): Lesen Sie das ab?)

Man spricht in den letzten Wochen davon, dass ein bis zwei Tonnen Crystal bzw. Crystal Speed über Deutschland nach Europa gelangen. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich noch höher. Wir haben Innenminister Herrmann in einem Antrag aufgefordert, das gemeinsam mit Bundesinnenminister Friedrich und der Tschechischen Republik zur Chefsache zu machen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER in dieser Richtung wurde abgelehnt. Die Staatsregierung schaut tatenlos zu, wie sich die Drogen in Bayern ausbreiten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ein Skandal ist das! - Karl Freller (CSU): So ein Quatsch!)

Die Menschen vor Ort werden aktiv, beispielsweise mit Benefizaktionen; die Rotarier im Landkreis Cham haben 16.000 Euro gesammelt. Sie werden aktiv, was man von der Staatsregierung nicht behaupten kann.

Der nächste Punkt: Suchtverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Der exzessive Alkoholkonsum hat stark zugenommen. Wir haben auch einen Antrag auf mehr Prävention

und Unterstützung von "HaLT"-Projekten gestellt. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Längerfristige Planungen von Einrichtungen, die sich damit beschäftigen, sind nicht möglich.

Etwas Positives: Den Heilbäder-Antrag finden wir gut. – Prävention ist ein Anliegen der FREIEN WÄHLER. Das haben Sie gut gemacht.

Lassen Sie mich zusammenfassen, Kolleginnen und Kollegen:

(Zuruf von der CSU)

Die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, die soziale Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER, freiberuflich tätige Ärzte und Einsatz gegen Drogen, insbesondere Crystal Speed, sind die aktuellen gesundheitspolitischen Anliegen der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir persönlich ist es immer wieder ein Anliegen – wir werden das im nächsten Jahr vielleicht noch vertiefen können -: Das Gesundheitswesen darf nicht unter dem Primat der Ökonomie verkommen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Fazit: Wir FREIE WÄHLER lehnen den Haushaltsentwurf des Einzelplans 12 der Staatsregierung auch deswegen ab, weil seit vier Jahren keinerlei aktive Gesundheitspolitik in Bayern gemacht wird und Sie unsere wenigen, aber überlegten und durchdachten Anträge abgelehnt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt hat Frau Kollegin Schopper das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Theresa Schopper (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage, ob die CSU an allem schuld ist, werden wir heute Abend um 22 Uhr nicht mehr klären können. Das würde sicher zu weit führen.

Ich habe nur noch wenig Redezeit, deshalb sage ich einiges im Schnelldurchlauf. Mein Thema ist auch der demografische Wandel. Es geht um die Frage, inwieweit die neue Bedarfsplanung und das, was uns im Landesgesundheitsrat vorgestellt wurde, sowie die von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen tatsächlich zielführend sind. Ich glaube, dass wir momentan hier noch auf der Insel der Seligen sind. Wir haben noch keinen Ärztemangel. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie es schaffen, Anreize für Ärztinnen und Ärzte zu setzen, aufs Land zu gehen. Die Ärztinnen und Ärzte wollen nicht mehr als Einzelkämpfer auf dem Land arbeiten, sie wollen geregelte Arbeitszeiten und die Möglichkeit zu Teilzeitarbeit, sie wollen angestellte Ärzte sein, sie wollen nicht an der Notfallversorgung beteiligt sein.

Ihre Antworten darauf, Herr Minister Huber, sind die Niederlassungsprämie und die Stipendien. Ich glaube, dass Geld alleine nicht hilft. Eine Landarztpraxis ist normalerweise eine sehr auskömmliche Sache. Es sind eher die Rahmenbedingungen, die die Ärzte und Ärztinnen davon abhalten, auf dem Land zu praktizieren. Ich will nur ein paar Beispiele nennen: Infrastruktur, fehlende Kinderbetreuung, Schulen, die Weiterbildungsverbünde auf dem Land, die Attraktivität des Allgemeinarztes im Vergleich zu den Fachärzten. Ich meine, dass die Ausbildung in der Allgemeinmedizin gestärkt werden sollte. Das wäre ein Ansatzpunkt.

Ich bitte Sie, sich mehr mit Ihren Kollegen in der Staatsregierung auseinanderzusetzen und der Pflege einen Push zu geben; denn nur wenn wir es schaffen, die Pflege sektorenübergreifend und auf Augenhöhe zu installieren, werden wir diesen Bereich stärken.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich bin froh, dass die Diskussion um die Medizinischen Versorgungszentren momentan etwas abgeflaut ist. Den Kulturkampf hat man zum Beginn der Koalition fast mit Händen greifen können. Bilder wie das, dass Ausweidungsprozesse an Patienten vorgenommen würden, wurden an die Wand gemalt. Das hat sich, Gott sei Dank, ein Stück weit erledigt. Man sieht, dass man sie braucht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

- Da gibt es mehrere im Haus. Mir ist es wichtig, dass Sie nicht nur einen Leertitel für die Pflegekammer einführen. Das ist momentan ein Muster ohne Wert. Sie sollten für die Verbesserung der Pflege kämpfen. Ich sage nur: generalistische Ausbildung, das Schulgeld, das Herr Spaenle immer noch erhebt, die Pflege auf Augenhöhe. Laut einer Prognose müsste im Jahr 2030 ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in der Pflege beschäftigt sein. Sie wissen selber, dass die benötigten 2,5 Millionen Pflegerinnen und Pfleger nicht vorhanden sein werden, um uns zu pflegen. Wir müssen deshalb auf jeden Fall einen Push in die Richtung geben. Die Pflegekammer allein reicht nicht aus.

Zur Prävention sage ich nur so viel: Sie müssen schauen, dass Sie zielgenau sind. In der Prävention sind wir oft zu sehr mittelschichtorientiert und nicht an denen, die es tatsächlich bräuchten.

Ich bin froh, dass Sie anders sind als Ihr Finanzminister, der immer alles nach Nürnberg heimgetragen hat. Wenn Sie so wären, dann wäre die Lotto-Zentrale jetzt in Ampfing. Ich glaube, es ist gut, dass das nicht so ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Na, na, na!)

Zum Schluss sage ich nur noch ein Wort zu den Herausforderungen, die uns hier ins Haus stehen, weil ich am Ende meiner Redezeit bin: Ich wünsche Ihnen mehr Mut und eine lautere Stimme. Ich weiß, das Gesundheitsressort ist ein Haifischbecken. Sie dürften Ihre Zähne durchaus öfter zeigen. Das ist in dem Bereich wichtig.

Zum Danksagen habe ich jetzt leider keine Redezeit mehr. Ich mache es so: Ich schließe Sie in mein Nachtgebet ein und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heiterkeit – Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das ist viel wert, Frau Kollegin. – Jetzt darf ich Kollegen Dr. Bertermann das Wort erteilen. Bitte.

(Alexander König (CSU): Otto, jetzt hau' drauf!)

Dr. Otto Bertermann (FDP): - Nein, es ist schon so spät.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurz fassen, ich habe nur vier Minuten Redezeit. Ich werde mich mit dem Thema beschäftigen, das ist der Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit. Ich werde jede Belletristik weglassen und mich nur auf die nackten Zahlen beschränken. Ich sage nichts zur Politik oder zur Großwetterlage der FREIEN WÄHLER. Dafür habe ich zu wenig Zeit.

In Bayern wird an der Gesundheit nicht gespart. Es sind keine Kürzungen vorgenommen worden. Die Frage ist: Wo wollen wir investieren? Die Bayerische Staatsregierung hat richtig reagiert. Es wurden zwei Schwerpunkte gesetzt. Der eine sind Sucht- und Drogentherapie sowie die Aidsbekämpfung; dies macht ein Drittel der Kosten aus. Der andere sind stationäre Geriatrie, stationäre Palliativversorgung, die Qualifizierungsmaßnahmen – uns geht es um Qualität – bei der Behandlung geriatrischer Patienten, die Telematikanwendungen sowie der Gesundheitsstandort Bayern. Dies sind unsere zwei Schwerpunkte, für die das Geld zur Verfügung gestellt werden muss.

Lassen Sie mich auch dies erwähnen: Im Vordergrund unserer Bemühungen steht die zielgenaue Prävention. Dafür geben wir 3,3 Millionen Euro aus. Die sollen pro Jahr auch weiterhin ausgegeben werden. Da kürzen wir nicht, da es etwas Sinnvolles ist.

Im Bereich der Justizanstalten haben wir mehr für die Suchtberatung getan. Uns wurde immer der Vorwurf gemacht, wir schlossen die Sträflinge weg und berieten sie nicht. Das ist in Bayern aber nicht so.

Für die Aidsberatungsstellen haben wir pro Jahr 3,5 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Seit 25 Jahren haben wir in Bayern Aidsberatungsstellen. Das ist ein bayerisches Erfolgsmodell. Auch da kann man uns nicht vorwerfen, nicht tätig gewesen zu sein.

Wir haben im Bereich der Hygiene – Stichwort: Hygieneskandal – etwas zu ihrer Verbesserung und für die Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Mit 200.000 Euro verbessern wir die Gesundheitseinrichtungen, damit die hygienischen Verhältnisse besser werden. Das ist ein Stück praktische Medizin.

Bei den Telematikanwendungen haben wir ein Modellvorhaben gestartet. Wir haben kein Luxusprojekt gestartet, sondern wollen damit die intersektoralen Grenzen zwischen ambulant und stationär überwinden und das Land mit der Stadt vernetzen, um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu haben. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition. Das muss man sachlich, klar und ohne jede politische Polemik sehen.

Wir werden den demografischen Herausforderungen gerecht, indem wir die Geriatrie und die Palliativversorgung weiter ausbauen. Wir haben Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Palliativakademie etabliert. Dafür geben wir sehr viel Geld aus. Sehr viel Geld geben wir auch für die SAPV, die spezialisierte ambulante Palliativversorgung, aus. Wir geben so viel aus, dass dieser Bereich abgedeckt wird.

Bezüglich der individuellen Lebensschicksale zu Hause, wenn es also um Tod, Sterben oder Schmerzen geht, gehen wir den Weg der Palliation. Wir machen nicht das Fass Sterbehilfe auf. Das ist ein anderer, für mich persönlich christlicher Weg.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Für den Gesundheitsstandort Bayern geben wir, und zwar zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande, insgesamt ca. 12,1 Millionen Euro aus.

Dann geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für 70 % der Frauen, die ihren Beruf ausüben wollen, müssen wir neue, innovative Modelle finden. Das machen wir. Dafür brauchen wir Geld.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Für uns ist dieser Haushalt unter dem Motto "Gesundheit für alle statt Profitmedizin für wenige" zu sehen. Dafür übernehmen wir als Koalition in Bayern die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Huber das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Ich weiß, dass ich noch 29 Minuten und 57 Sekunden Redezeit habe. Ich erweise allen, die nach 13 Stunden Debatte immer noch hier sind, meinen Respekt. Ihnen allen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was Bayern ausmacht, haben wir heute schon ein paarmal gehört. Die Bayern-Studie hat das klargemacht. Wir haben landschaftliche Schönheit, Naturreichtum, aber auch hohe Umweltstandards und eine hochwertige Gesundheitsversorgung. Dies sind wesentliche Gründe für die Tatsache, dass nicht nur die Bayern hier gern leben, sondern auch dafür, dass sich in Deutschland immer wieder Menschen auf den Weg machen, um nach Bayern zu ziehen.

Diese Entwicklungen kommen nicht von selber, sondern die muss man fördern. Man muss dranbleiben und sich um die Dinge kümmern. In Bayern leistet man es sich, dafür in den Doppelhaushalt 1,6 Milliarden Euro einzustellen. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe natürlich Verständnis für die Haushaltspolitiker. Die machen immer eine Gratwanderung zwischen zu viel und zu wenig. Ich als Ressortminister hätte das Geld, das durch die heute abgelehnten Anträge hätte bewegt werden können, natürlich gern genommen. Aber man muss alle diese Dinge zum Aufwand und zu den zur Verfügung stehenden Mitteln in Relation setzen. Das große Ziel, einen Haushalt ohne Neuverschuldung und mit Schuldenabbau zu leisten, muss man genauso im Blickfeld haben. Aus diesem Grunde glaube ich, dass wir hier einen Spagat und eine Gratwanderung geschafft haben, die beides ermöglichen.

Die Bewahrung der landschaftlichen Schönheit und des Artenreichtums, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Energiewende zu schaffen und dabei auch noch auf den demografischen Wandel zu reagieren, hochwertige medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, obwohl es die Tendenz, die Sie beschrieben haben, gibt, dass immer weniger junge Leute den Arztberuf in der Ausprägung auf den ländlichen Raum als Hausarzt wählen, - das alles ist eine Herausforderung, der wir uns stellen.

Liebe Theresa, innovative Versorgungssysteme sind ein wesentlicher Teil der Maßnahmen. Sie werden mit 2 Millionen Euro bezuschusst. Die Aufgabe, die du beschrieben hast, haben wir aufgegriffen. Du musst es einmal nachlesen.

Werte Kollegin Sonnenholzner, es stehen 76.000 Euro für Organtransplantationsverarbeitung zur Verfügung. Dieses Geld werden wir einsetzen. Ich glaube, damit kommen wir zurecht.

Die Aidsbekämpfung wird mit 3,5 Millionen Euro unterstützt. Damit nehmen wir hinter Nordrhein-Westfalen den zweiten Platz ein. Als Hintergrundinformation sage ich noch, dass unser grün-rot regiertes Nachbarland dafür nicht einmal eine halbe Million Euro zur Verfügung stellt. Bei uns sind es also 3,5 Millionen Euro.

Crystal Speed ist bei uns ein großes Thema. Wir arbeiten intensiv daran. Wir haben erst vor Kurzem einen Kongress in Bamberg gehabt. Unser Mindzone-Projekt ist direkt auf dieses besondere Thema ausgerichtet. Da sind wir wirklich gut unterwegs.

Die Projektförderung ist ein Mittel, sich vor einem Würgegriff von institutionellen Förderungsanträgen zu schützen. Ich glaube, die Umweltstationen, Herr Dr. Fahn, kommen damit gut zurecht. Wir werden auch zukünftig darauf achten, dass Kontinuität gewahrt wird. Wir werden also nicht hinten herunterfallen.

Kollegen Magerl und Wörner, die Energiewende ist in Bayern gut unterwegs, was den Zubau angeht. Ich gebe zu, dass noch nicht alle Hausaufgaben gemacht sind. Wir müssen uns um Speicher, Leitungen, auch um Reservekraftwerke kümmern. Da ist noch viel zu tun. Ich glaube, unser Ansatz, mit der Energieeinsparung voranzukommen, wird im nächsten Jahr noch um einige Facetten reicher werden. Auf der Grundlage dieses Haushalts werden wir zum Beispiel den Energieatlas weiterbringen und das Dialogpaket "Ökoenergie in Kommunen" und "ökologische Wasserkraft" mit zwei Millionen Euro voranbringen. Ich bin mir ganz sicher: Wir werden die Energiewende gemeinsam schultern.

Dass wir, Kollege Magerl, im Moorbereich zu wenig täten, beantworte ich so: Wir haben in den letzten Jahren zehn Millionen Euro in die Moorrenaturierung gesteckt. Wir wollen nach den ersten 30 Mooren noch 20 weitere renaturieren. Dafür haben wir 2,5 Millionen Euro im Haushalt. Diese Zahl kann sich sehen lassen.

Diese Thematik, die wir in den nächsten zwei Jahren mit 1,6 Milliarden Euro angehen wollen, zeigt, dass wir die Dinge ernst nehmen. An vielen Stellen tun wir Gutes. Wir wissen, dass man immer noch mehr tun könnte.

Ich bedanke mich bei allen, die im Haushalts- und Umweltausschuss dazu beigetragen haben, ein solches Werk zu erstellen, welches die Gratwanderung gut abbildet. Ich bin ganz sicher: Damit wird es Bayern in den nächsten zwei Jahren weiterhin halten. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass die Menschen hier gern leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Staatsminister, dass Sie gleich am Redepult bleiben. Zu einer ersten Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, ich möchte eine Frage stellen und eine Bemerkung machen.

Sie haben gehört, dass ich versuche, das Problem der Energie ernsthaft anzugehen. Das tun viele von uns. Stimmen Sie mir zu - -

(Zurufe von der CSU: Nein! – Heiterkeit bei der SPD)

- Sie wissen ja gar nicht, was ich fragen will. Aber es reicht mir zu hören, wie vorurteilsfrei Sie alle sind. – Herr Minister, diese Frage stellt sich doch. Da zerren vier Ministerien mit ihren Eifersüchteleien an einem Projekt. Dann gibt es noch einen Kreiselkompass, der auch mitmacht und von dem man nicht genau weiß, wo er gerade wieder stehen bleibt. Wäre es nicht viel klüger, das Ganze zumindest für die Zeit, in der die Energiewende betrieben werden muss, zusammenzuziehen und unter ein Dach zu geben, um sicherzustellen, dass diese unseligen Debatten und dieses Gezerre ein Ende haben?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Idee habe ich natürlich auch schon gehabt. Ich muss sagen, das hat schon einen gewissen Charme. Aber ich nenne dir ein Beispiel, Ludwig. Du wirst beim Wasserkraftausbau in einem Energieministerium auch eine Schnittstelle, nämlich mit den Wasserwirtschaftsämtern, haben. Du wirst den Hochwasserbau und anderes nicht ins Energieministerium bringen kön-

nen. Ein Schnittstellenproblem haben wir immer. Ich denke, wenn wir ordentlich zusammenarbeiten, dann bringen es wir es auch so hin.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Minister, sind Sie bei der Wiedervernäsung der Moore auch der Meinung, dass wir die Bevölkerung informieren und mitnehmen sollen und wir sie nicht vor vollendete Tatsachen stellen sollten?

(Georg Schmid (CSU): Ja!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Antwort lautet: Ja.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zu Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13963 mit 16/13969, 16/13983, 16/13985 mit 16/14005, 16/14102, 16/14103, 16/14849, 16/14850 und 16/15137 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15000 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie schon angekündigt in namentlicher Form über den nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 16/15137 abstimmen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten, bitte!

(Unterbrechung von 22.23 bis 22.28 Uhr)

Die Zeit ist abgelaufen, ich schließe den Wahlgang und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich unterbreche die Sitzung kurz, bitte aber für die Schlussabstimmung dazubleiben.

(Unterbrechung von 22.29 bis 22.31 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir zur Schlussabstimmung kommen können.

Ich gebe das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelte sich um den Änderungsantrag auf Drucksache 16/15137 betreffend Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischfreundlicherer Kleinwasserkraftanlagen. Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81. Dazu gab es eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/15000 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion, FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

(Unruhe bei der CSU)

zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen Drucksache 16/15000 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge, Drucksachen 16/13964, 16/14102 und 16/14103 sowie 16/14849 und 16/14850, ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist abgeschlossen.

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen. Vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Morgen früh um 9.00 Uhr geht es weiter, bitte pünktlich. Einen schönen Abend allen.

(Schluss: 22.35 Uhr)

